

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn



Franz-Josef Meiers (Hrsg.)

**Die Auswirkungen des
11. September 2001
auf die transatlantischen
Beziehungen**

Discussion Paper

**C118
2003**

Dr. Andrew Denison ist Direktor der Transatlantic Networks in Königswinter bei Bonn.

Staatssekretär a.D. Prof. Dr. Lothar Rühl lehrt Internationale Beziehungen am Institut für Politische Wissenschaften an der Universität zu Köln.

Prof. Dr. Bassam Tibi lehrt Internationale Beziehungen am Seminar für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen.

Dr. Franz-Josef Meiers arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn.

Inhaltsverzeichnis

Franz-Josef Meiers

Vorwort 5

Andrew B. Denison

7

“Rally the World” – Die Vereinigten Staaten von Amerika und die transatlantischen Beziehungen seit dem 11. September

Lothar Rühl

20

Das europäisch-amerikanische Verhältnis seit dem 11. September 2001

Bassam Tibi

42

Die transatlantischen Beziehungen seit dem 11. September

Vorwort

Im Rahmen der Förderinitiative "Dialog Wissenschaft und Praxis" der Hanns Martin Schleyer-Stiftung veranstaltete das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) das 9. Europakolloquium vom 22.-23. November 2002 in Königswinter bei Bonn. Mit dem im jährlichen Turnus stattfindenden Europakolloquium wird ein Gedankenaustausch zwischen den ehemaligen und derzeitigen Examenskandidaten und Promovenden von Professor Ludger Kühnhardt, Direktor am ZEI, auf der einen Seite und der politischen Praxis beziehungsweise herausragenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens auf der anderen Seite institutionalisiert.

Das 9. Europakolloquium stand unter dem Leitthema: "Die transatlantischen Beziehungen nach dem 11. September 2001. Herausforderungen und Perspektiven". Die heimtückischen Terroranschläge in den USA am 11. September markieren einen Endpunkt einer Entwicklung, die am 9. November 1989 mit der Öffnung der Berliner Mauer so hoffnungsvoll begonnen hatte: das Ende des Ost-West-Konflikts als Ende der Geschichte im Sinne der unangefochtenen Vorherrschaft des westlichen Demokratiemodells. Die Terroranschläge in den USA haben katastrophale terroristische Bedrohungsszenarien von einer abstrakten Gefahr zu einer realen Bedrohung werden lassen. Der 11. September markiert eine neue strategische Ära, in der die neuen asymmetrischen Bedrohungen vom Counterterrorismus bis hin zur Counterproliferation als neues organisierendes Prinzip der internationalen Beziehungen getreten sind. Die Terroranschläge haben nicht nur die Sicherheitspolitik der USA verändert, sie werden auch nachhaltig die transatlantischen Beziehungen, insbesondere die Rolle und Aufgabe der NATO, bestimmen und das Verhältnis zwischen der christlich, jüdischen und der islamischen Welt entscheidend prägen.

Als ausgewiesene Experten im Bereich der internationalen Sicherheitspolitik diskutierten Dr. Andrew Denison, Professor Lothar Rühl und Professor Bassam Tibi die Auswirkungen der Terroranschläge in den USA am 11. September 2001 auf die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik, die transatlantischen Beziehungen und das Verhältnis zwischen der westlichen

Franz-Josef Meiers

und islamischen Welt. Die Ergebnisse der Konferenz haben wir in dem folgenden ZEI Discussion Paper zusammengestellt.

Dr. Franz-Josef Meiers

Senior Fellow

Andrew B. Denison

„Rally the World“

Die Vereinigten Staaten von Amerika und die transatlantischen Beziehungen seit dem 11. September

Die amerikanische Sicht der transatlantischen Beziehungen am Anfang des 21. Jahrhunderts steht eindeutig im Schatten der Anschläge des 11. September. Dieser Tag veränderte die amerikanische Weltanschauung in vielerlei Hinsicht und brachte einen klaren Kurswechsel der amerikanischen Außenpolitik. Es gab eine „eindeutig amerikanische“ Antwort auf die Anschläge, auch in ihrer atlantischen Dimension. Diese veränderte amerikanische Sicht der Dinge zeitigte Folgen: Eine neue atlantische Geschäftsgrundlage entsteht.

In ihrer neu geschaffenen Kampagne gegen Terror und Terrorwaffen zielen die Vereinigten Staaten von Amerika auch darauf, die Staaten Europas tiefer und breiter einzubinden – trotz mancher amerikanischer Befürchtung, dies könne zu einer multilateralen Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners und damit zu einer Politik der Selbstblockade führen. Dieser kooperativer Ansatz zeigt sich in den aktuellen Entwicklungen auf dem europäischen Kontinent: Die NATO steht jetzt für ein großes Europa, sie wird global – der Irak ist noch nicht im Fadenkreuz, aber beinahe. Die sich erweiternde Europäische Union schreibt sich die Terrorismusbekämpfung auf die Fahnen; den Hauptstädten dieses immer größeren, immer offeneren Europa graut vor der eigenen Verwundbarkeit. Russland unter Putin, in Furcht vor Terror und in Hoffnung auf westlichen Wohlstand, bewegt sich auf Europa und auf die transatlantische Partnerschaft zu. Ein neues atlantisches *arran-*

gement kommt zu Stande, wenn auch von Reibungsverlusten, Fehlstarts und Querelen geplagt.

Die atlantische Gemeinschaft bereitet sich, langsam, schwerfällig, und in all ihrer Tiefe und Breite auf neue Herausforderungen und neue Möglichkeiten vor – vielleicht auch, wie die Amerikaner für sich selbst behaupten, auf der Suche nach einer Welt *“not just safer but better.”*¹ In der Fähigkeit dieser Gemeinschaft, neue Geschäftsgrundlagen auszuhandeln, hat sich immer wieder die zentrale Stärke des Bündnisses gezeigt. Die Geschichte dieser einzigartigen Partnerschaft euroatlantischer Demokratien ist daher eine des Zusammenspiels von Wandel und Kontinuität. Die künftige Geschäftsgrundlage basiert auf bestehenden Strukturen. Aus der Sicht Amerikas gibt es keine Abkehr von der Partnerschaft – trotz häufiger Kritik an ihrer gegenwärtigen Gestalt. Daher gilt eindeutig und weiterhin: Amerika hat ein fundamentales Interesse an einem starken Europa, nicht an einem schwachen Europa; an einem großen Europa, nicht an einem kleinen Europa. Dies zu erkennen, kann den europäischen Einfluss in Washington nur stärken.

Außenpolitik hat oberste Priorität

Bei einem Volk, für das Außenpolitik ganz oben auf der politischen Tagesordnung steht, ist dieses weiterhin bestehende Interesse an einer atlantischen Partnerschaft vielleicht auch nicht so überraschend.² Meinungsumfragen zeigen heute ein Amerika, für das die weite, gefährliche Welt auf Platz Eins der Prioritätenliste steht – zu erkennen auch an den Wahlen vom

- 1 Die Zielsetzung der im September 2002 vom Weißen Haus verkündeten National Security Strategy lautet: “The U.S. national security strategy will be based on a distinctly American internationalism that reflects the union of our values and our national interests. The aim of this strategy is to help make the world not just safer but better. Our goals on the path to progress are clear: political and economic freedom, peaceful relations with other states, and respect for human dignity.” George W. Bush, United States National Security Strategy, 17 Sept. 2002, www.whitehouse.gov
- 2 Siehe “Public More Internationalist than in 1990s, Terrorism Worries Spike, War Support Steady”, Pew Research Center for the People & the Press, December 12, 2002, www.people-press.org

5. November 2002, in denen die Außenpolitik zum ersten mal seit langer Zeit eine entscheidende Rolle spielte.³ Außenpolitik ist zudem ein Bereich, in dem George W. Bush weiterhin sehr gut abschneidet. Diese neue Priorität war allerdings schon vorhanden zum Zeitpunkt der Amtsübernahme des 43. amerikanischen Präsidenten und seiner mit außenpolitischen Schwergewichten besetzten Regierung (Dick Cheney, Colin Powell, Donald Rumsfeld, Condoleezza Rice).

Heute herrscht in Amerika ein anderer Zeitgeist als in den Clinton-Jahren. Die glückseligen Neunziger, die *“roaring nineties”*, sahen rasantes Wirtschaftswachstum und den Luxus einer „Proliferation“ außenpolitischer Aktionen ohne übergreifende Strategie.⁴ Die Krisen der Welt blieben fern, geographisch, aber auch psychologisch. Gleichzeitig war Amerika durch die voranschreitende Globalisierung immer enger verzahnt mit einer immer kleiner werdenden Welt. Die Kehrseite dieser Verbundenheit – die Verwundbarkeit – wurde aber erst an dem sonnigen Dienstag im September 2001 klar. Seit dem heißt es auf amerikanisch: *“If you don’t do the world, it will do you.”*

Das gestiegene amerikanische Interesse an der eigenen Sicherheit, die Wahrnehmung der zunehmenden weltweiten Verwundbarkeit kann für Europäer ungelegen kommen. Amerika ist groß, seine Handlungen berühren andere außenpolitische Akteure, ob staatlich oder nichtstaatlich. Andererseits kann ein Amerika, das die Außenpolitik außer Acht lässt, auch schlimme Folgen für Europäer haben, wie Bosnien in den traurigen Jahren 1991–1995 gezeigt hat.

Die Schwäche des Unilateralismusbegriffs

Hartnäckige Wachsamkeit sollte man nicht mit Unilateralismus verwechseln. Dies würde weder der Komplexität der Sache, noch der Wahrheit gerecht. Das Amerika von heute ist mächtig und global. Eine klassische

3 Siehe, z.B., die Bewertung des Wahlausgangs im *Economist*: *“George Bush’s progress: On his high horse”*, 7 Nov. 2002.

4 Siehe Walter Russel Mead, *Special Providence: American Foreign Policy and How it Changed the World*, (New York: Century Foundation, 2001).

Groß-, Hegemonial-, oder Imperialmacht ist es aber nicht. Eine Supermacht, eine Hypermacht,...auf jeden Fall, historisch gesehen, ein *sui generis* in der Art ihrer Beziehungen zum Rest der Welt. Dieser Feststellung sollte nicht verwechselt werden mit einer amerikanischen Weltanschauung des „*moral exceptionalism*.“ Es geht hier weniger um Sendungsbewusstsein, als um die Schwerkraft des amerikanischen (und atlantischen) Systems.⁵ Die Tatsache, dass Amerika mehr Unilateralismus zeigt, als den Europäern gerecht erscheint (oder genehm ist), sollte nicht dazu führen, nun alles aus dem amerikanischen Unilateralismus erklären zu wollen.

Die Schwäche des Unilateralismusbegriffs gilt trotz der allgemeinen Anerkennung der folgenden Regel: Je mächtiger ein Staat, desto weniger multilateral agiert er. Die NATO und die EU haben eine andere Bedeutung für Luxemburg als für Deutschland – in der „Ein-Staat-eine-Stimme-Welt“ der internationalen Organisationen gewinnen eher die kleinen Staaten an Macht. Allerdings unterscheiden sich auch die mächtigsten Staaten der Geschichte – und zwar in der Natur ihrer Zusammenarbeit mit anderen Akteuren. Einige Großmächte agieren besser im Geflecht eines Systems, andere im Alleingang gegen alle. Diese historische Erfahrung sollte nicht in Vergessenheit geraten, auch wenn ein Widerspruch zwischen amerikanischen Bekenntnissen zum Multilateralismus einerseits und zu amerikanischen Alleingängen andererseits nicht zu leugnen ist. Allerdings ist zu viel Multilateralismus dieses Giganten auch für die Europäer unangenehm.

Amerikanischer Macht und die Fähigkeit zur Zusammenarbeit

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind eindeutig bereit, allein zu handeln, falls wichtige Interessen dies verlangen (wie auch immer man „verlangen“ definiert). Welcher Staat wäre das nicht? Im deutschen Wahlkampf hörte man: „Berlin“ entscheidet, wenn es um die Abwehr amerikanischer

5 Zur Darstellung des atlantischen Gefüges als ein auf Gravitationskraft beruhendes „Solarsystems“ siehe Strobe Talbott, „From Prague to Baghdad: NATO at Risk“, *Foreign Affairs*, (November/December 2002), S. 46–57.

Abenteuer geht.⁶ Im Falle der USA gibt es aber einen Unterschied: Die Möglichkeit, einen Alleingang zu wagen, ist größer. Die europäischen Staaten, in ihrem interdependenten Integrationsgeflecht, befinden sich in einer eindeutig anderen Lage. Sie können weniger allein, müssen also mehr zusammen handeln. Für Deutschland gilt dies um so mehr – Westbindung als Staatsräson ist auch ein deutscher Weg. Multilateralismus bleibt für Deutschland besonders wichtig – als überzeugende Antwort auf die historische deutsche Frage. Dies prägt die gegenseitige Wahrnehmung; dies macht die unterschiedlichen Einstellungen zur internationalen Zusammenarbeit zu einem Strukturproblem der atlantischen Partnerschaft. Asymmetrie muss aber nicht zum Auseinanderdriften führen; es hat und kann die Symbiose und Synergie auch fördern.

Dass Amerika gelegentlich weniger Interesse an Multilateralismus zeigt als die Staaten Europas, sollte kein Grund sein, die transatlantische Partnerschaft abzuschreiben – man sollte aber über Kompensationsstrategien nachdenken. Der Umgang mit dem real existierenden Machtgefälle kann erfolgreich oder weniger erfolgreich gestaltet werden – dies liegt auch in den Händen der Europäer.

Macht und Intentionen sind eng miteinander verbunden, sie sollten aber, trotz mancher realpolitisch geprägten Behauptungen, nicht als identisch angesehen werden. Nationalstaatliche Ziele, die Ausrichtungen der jeweiligen politischen Kulturen, wie auch immer sie sich zusammensetzen, beruhen eben nicht nur auf Kategorien von Macht. Auch Amerika ist nicht nur durch seine Macht zu erklären, nicht nur anhand seines militärischen Gewichts international einzuordnen. Auch ein politischer Geist ist beteiligt. Er weht durch ein heterogenes Volk, verstreut über einen immer noch sehr großen Kontinent; er beseelt die stolzen Bürger einer historisch gewachsenen demokratischen *res publica* – nicht auserwählt, aber doch Träger einer großen und erfolgreichen Idee. Hier ist ein Geist, der auch darauf zielt, der korrumpierenden Wirkung von Macht Paroli zu bieten. Dies prägt auch. “*In the end, what is historically unique about American leadership is not its*

6 Siehe, z.B. den Leitartikel der *Washington Post*, “Mr. Schroeder Ducks,” *Washington Post*, 17 Sept. 2002.

power but its ultimately self-denying purpose.”⁷ Und darin, so der Harvard-Politologe Joseph Nye, liegt das Paradox der amerikanischen Macht: “*The world’s only superpower can’t go it alone.*”⁸

Umfassend betrachtet, besteht die amerikanische Macht zunehmend, wenn nicht schon in ihren Wurzeln, aus der Fähigkeit zur Zusammenarbeit. Vielleicht geht dies auf das Credo der Gründungsväter, „begrenzte Staatsmacht ist gute Staatsmacht“, zurück. Walter Russel Mead würde sogar sagen, diese Tradition der Selbstbegrenzung der amerikanischen Politik sei “*Special Providence*” – besondere Gnade – und würde Bismarck zitieren: „Gott hat besondere Gnade für Narren, Betrunkene und die Vereinigten Staaten von Amerika.“⁹

Europas Rolle in der amerikanischen Strategie

Wie geht dieses – mehr oder weniger – besonders gesegnete Amerika seit dem 11. September mit Europa um? Amerikas erster, erschrockener Blick nach außen wirkt nach: Die europäische Sympathie und Solidarität in den Tagen und Wochen nach der Katastrophe blieben nicht unbemerkt – im Gegenteil. Zwar ging es zuallererst um ein Amerika von “*united we stand*” und “*we shall never forget*”, komplett mit den allgegenwärtigen Sternen und Streifen. Für Amerikaner war es aber auch ein Weltereignis in einer Weltfamilie. *E pluribus unum*. Diese Vision einer globalen Gefahr bleibt präsent: eine Gefahr nicht nur für Amerika, sondern für die Welt; eine Gefahr, die alle berührt, wo auch immer es den unglücklichen Einzelnen trifft.¹⁰ Bushs “*rally the world*” als Leitlinie steht daher auch weiterhin auf

7 “Present at the Creation: A Survey of America’s World Role,” *The Economist*, 29 June 2002.

8 Joseph Nye, *The Paradox of American Power: Why the World’s Only Superpower Can’t Go It Alone*, (Oxford: Oxford University Press, 2002).

9 Zitiert in Walter Russel Mead, op cit.

10 Um in den Worten von NSC-68, des 1950 verfassten und richtungweisenden Strategiepapiers über den Kampf gegen den Kommunismus, zu sprechen: “...*a defeat of free institutions anywhere is a defeat everywhere.*”

Amerikas Strategieblatt.¹¹ Es ist ein „eindeutig *amerikanischer* Internationalismus“, aber eben auch und eindeutig ein *Internationalismus*.

Mit diesem gestärkten Internationalismus kommen hohe Erwartungen an die Europäer. Beistand ist erwünscht, materiell, und, wichtiger noch, moralisch. Geheimdienste sollen enger zusammenarbeiten, ebenso wie Grenzkontrolleure. Geldströme und Geldwäsche soll unter die Lupe genommen werden. Terroristen-Netzwerke sollen ausgehoben werden, und gefasste Terroristen an Amerika ausgewiesen werden – Todesstrafe hin oder her.¹² Die Erfüllung aller, teilweise widersprüchlichen, Erwartungen Amerikas ist für Europa aber letztendlich unmöglich. Die Europäer sollen Wasser tragen, aber nicht im Wege stehen. Darüber, wie das funktionieren soll, sind sich die Amerikaner selbst nicht immer einig. Die amerikanische Strategiediskussion, auch in ihrer transatlantischen Dimension, ist schon sehr lange von einem lebhaften Pluralismus gekennzeichnet. Diese Gewässer zu navigieren, ist für den einen oder anderen europäischen Staat nicht immer einfach. Trotzdem sollten diese unklaren Erwartungen seitens der Amerikaner die Europäer nicht dazu verführen, auf Zynismus und Resignation als einzige Alternative zum amerikanischen Engagement zurückzufallen.

Washington bleibt jedenfalls am Ball in Sachen Europa – ungeachtet aller abweichenden Meinungen. Das Interesse an einer Einbindung Europas in die neue amerikanische Außenpolitik zeigte sich immer wieder in den Monaten seit dem 11. 9. Außerdem ist die Bindung an Europa tief in der amerikanischen Seele verankert, sie grenzt an das Existentielle. Müssten Amerikaner die wichtigste strategische Lehre aus dem 20. Jahrhundert nennen, es wäre – ob in Washingtoner *think-tanks* oder in den weit verstreuten Veteranenkneipen im amerikanischen Herzland: Amerika ist eine europäische Macht. Amerika bleibt eine (eindeutig) europäische Macht: mächtig in Eu-

11 Siehe Bob Woodward und Dan Balz, “‘We will rally the world’, Bush and His Advisers Set Objectives, but Struggled With How to Achieve Them,” *Washington Post*, 28 Jan. 2002; siehe auch Bob Woodward, *Bush at War*, (New York: Simon & Schuster, 2002), S. 42.

12 Siehe Andrew Denison, *Shades of Multilateralism: U.S. Perspectives on Europe’s Role in the War on Terrorism*, Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Diskussionspapier 106, 2002, www.zei.de

ropa und gar nicht so uneuropäisch zu Hause. In der Tat, wäre Amerika keine europäische Macht, dann wäre sie wohl auch keine globale Macht.

Die Erfolge der Vergangenheit – Wiederaufbau, Demokratie, Ost-West-Frieden – sprechen für die atlantische Partnerschaft. Der gegenwärtige europäische Frieden war (und ist) kein Selbstläufer. Aber auch die Möglichkeiten und Bedrohungen der Welt von morgen sprechen für das Weiterbestehen dieser Partnerschaft. Die Möglichkeiten für ein gutes Leben werden billiger, zugänglicher, vielfältiger. Die Reichen werden reicher, die Armen aber auch. Doch die entstehende Welt der Verbundenheit und Verwundbarkeit stellt eine größere Gefahr dar, als das nukleare Patt des Kalten Krieges – meint mancher erfahrene, auch einflussreiche Außenpolitiker, ob Europäer oder Amerikaner. Dies erklärt vielleicht auch den Ausgang des NATO-Gipfels in Prag. Die neuen und radikalen Schritte der NATO hin zur globalen Erweiterung provozierten weder Widerstand noch Überraschung, obwohl sie vor fünf Jahren als beinahe unmöglich galten.

Auftrag und Koalition

Die *pax atlantica* von Morgen wird tiefer in die Gesellschaften dieser Welt eingreifen als bisher. Die weniger atlantische Welt wird wichtiger werden, also die vielen überbevölkerten, unterentwickelten Gesellschaften des schrumpfenden Planets. Eine bessere, sicherere Welt ist, im besten Fall, schrittweise und unvollständig zu erreichen. Ziehen die Akteure auf beiden Seiten des Atlantiks in die gleiche, und natürlich auch richtige, Richtung, so wachsen dafür die Chancen.

Dies bedeutet nicht, dass alle immer und bei allem einstimmig entscheiden. „Auftrag bestimmt Koalition“: Der viel verachtete Ansatz von Donald Rumsfeld ist keine wirkliche Neuigkeit der atlantischen Politik. „*Coalitions of the willing and able*“ beruhen auf einer ähnlichen Argumentation. Das Gleiche gilt für „Flexibilität“, „differenzierte Integration“, „konstruktive Enthaltung“, „*à la carte*“, und „variable Geometrie“. Kennzeichnend bleibt die Notwendigkeit, die Basis der Zusammenarbeit immer wieder neu festzulegen. Wie in vielen menschlichen Beziehungen bleibt auch hier das Dilemma zwischen Inklusivität und Wirksamkeit bestimmend. Einstim-

migkeit ist allerdings nicht ohne Wert. Die jüngsten 15:0-Abstimmungen im UNO-Sicherheitsrat, die NATO-Solidarität des 12. September 2001 haben ihren Widerhall gefunden – gerade in der amerikanischen Öffentlichkeit. Koalitionen, was auch immer ihr Auftrag, ob atlantisch oder global, beziehen ihre Macht auch aus ihrer Inklusivität – nicht zuletzt als Legitimationsmoment der politischen Willensbildung.

Europa im amerikanischen Diskurs

Außenpolitische Willensbildung in den Vereinigten Staaten von Amerika ist von lebhaften Diskussionen bestimmt. Zum Thema transatlantische Beziehungen gibt es ein breites Meinungsspektrum, aber auch eine Mitte, und diese Mitte wünscht sich ein starkes, großes Europa.

Henry Kissinger, der auf seine Art zum Sprecher des außenpolitischen *establishment* gehört, meint, die Zusammenarbeit habe zwar ihren Preis, aber in einer immer instabileren Welt könne man auf Zusammenarbeit nicht verzichten.

Differences are inevitable. But they should challenge leaders on both sides of the Atlantic to remember the importance of continued partnership of all democracies in a world of increasing turmoil.¹³

Beiden Seiten des Atlantiks obliegt es, die Beziehungen zu pflegen. Politische Führung und Weitsicht sind gefragt.

The United States owes its coalition partners some warning of the military operations it is considering and of the political outcome it is seeking. Allied leaders, if they want to preserve an essential traditional relationship, need to counter the caricature of America as a trigger-happy, domineering colossus. They know—or should know—that thoughtful American leaders recognize that the forcible imposition of an international order is against the character of a nation in which a dominant historical theme has been anti-imperialism and in which an isolationist streak is ever present.¹⁴

Mit Differenzen umzugehen, heißt, sie auch richtig zu verstehen. Die, nach Kissinger, unvermeidlichen Differenzen nahm der amerikanische Publizist

13 Henry Kissinger, *Does America Need a Foreign Policy? Toward a Diplomacy for the 21st Century*, (New York: Touchstone, 2002), S. 297.

14 *Ibid.*

Robert Kagan in seinem Aufsatz *“Power and Weakness”* unter die Lupe. Nach Kagan sind die Unterschiede zwischen Amerika und Europa auf das transatlantische Machtgefälle zurückzuführen – und dessen Auswirkungen auf die Gedankenwelt beiderseits des Atlantik. Die Konsequenz, so Kagan, ist, dass die Strukturen des gegenwärtigen europäischen und „Kantischen“ Friedens beitragen zur Unfähigkeit Europas, mit der Welt außerhalb der „Schutzmauer“ umzugehen – konzeptionell wie materiell. Robert Cooper meinte ähnliches, als er 1997 die These aufstellte, die schwierigste Herausforderung der postmodernen Staatenwelt Europas sei der strategische Umgang mit den immer noch bedrohlichen „modernen“ (à la 19.Jh.) und „vormodernen“ (gescheiterten) Staaten dieser Welt.¹⁵

Kagan traf anscheinend eine empfindliche Stelle; sein Aufsatz bewegte die atlantischen Gemüter im Sommer 2002. Viele versuchten sich an einer Antwort. Viele haben Kagan auch einfach falsch verstanden. Nur wenige sprachen von seiner Schlussbemerkung: Trotz der amerikanischen Machtfülle gehöre es zum amerikanischen Selbstverständnis, sogar zum vitalsten Interesse, einen *“decent respect for the opinion of mankind”* zu hegen – auch diese moralische Realpolitik ist von Kant gestreift. Die Projekte der Zukunft waren nicht Schwerpunkt von Kagans Analyse. Sie war eher deskriptiv als präskriptiv – und auch das nur auf einer Ebene. Die Möglichkeiten der Symbiose, die Ausnutzung der komparativen Vorteile, kamen, meiner Meinung nach, zu kurz. Eine positive Agenda neuer Projekte, die, gemeinsam und erfolgreich unternommen, die Muskeln der Zusammenarbeit stärken könnten, gehörte nicht zu Kagans Thema.

Auf diese Lücke richtete sich die Antwort von Ronald Asmus und Kenneth Pollack in der *Policy Review* vom Herbst 2002. Sie behaupten, die Zusammenarbeit sei möglich und auch notwendig. Nach Asmus und Pollack: Wenn *“Power and Weakness”* dann eben auch ein *“New Transatlantic Project.”* Das Warum und Wofür der Zusammenarbeit ist Schwerpunkt des Artikels. Das Hauptproblem der atlantischen Partnerschaft sei folgendes: *“...the interweaving of terrorism, weapons of mass destruction, and failed*

15 Siehe Robert Cooper, “Europe: the post-modern state and world order,” *New Perspectives Quarterly*, Summer 1997, S. 46-58; Special Issue 1997, S. 48-56.

and rogue states from Marrakesh to Bangladesh”. Das atlantische Bündnis, meinen Asmus und Pollack, muss seine Aufmerksamkeit auf die islamisch-arabische Welt richten – mit ähnlichen Anstrengungen wie in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, wie in dem großen Osteuropa nach dem Kalten Krieg. Hier wird zwar kein neues Paradigma, aber doch ein Gesamtkonzept entworfen: eine Idee, die zurzeit viel Unterstützung in den Vereinigten Staaten genießt. Es ist ein ehrgeiziges Ziel, *“a tall order”*, nach Asmus und Pollack – dafür aber umso wichtiger.

Genau hier setzt das Weiße Haus mit seiner umstrittenen *National Security Strategy* an, die oft Präemptionsdoktrin genannt wird, zu unrecht, denn sie ist viel breiter angelegt. Oberste Priorität der neuen Strategie ist die Vorbeugung. Das Engagement soll tief und weitreichend sein: heilen womöglich, herausschneiden wo nötig – aber immer *“proactive”*. Das Weiße Haus entwarf eine groß angelegte Kampagne gegen „Tyrannen, Terroristen und Technologien der Massenvernichtung“, in einer Welt, in der *“America is now threatened less by conquering states than we are by failing ones”*, in der es aber auch zu erkennen gilt: *“No nation can build a safer, better world alone.”* Modern sei diese Strategie, und doch in den Fußstapfen von Präsident Woodrow Wilson, der die amerikanische Teilnahme am ersten Weltkrieg so begründete: *“to make the world safe for democracy.”* In der ehrgeizigen Dimension des heutigen Ansatzes ist auch ein Nachhall von John F. Kennedy zu hören: *“...we shall pay any price, bear any burden, ...to assure the survival and the success of liberty.”* Aber sind die Amerikaner heute tatsächlich dazu bereit?

Unter dem Eindruck des 11. September sieht es jedenfalls so aus. Die Intensität der Erinnerungen wird nachlassen; die Gefahren der künftigen Welt wohl nicht. Wenn dies so bleibt, ist, trotz weitgehender Kontroversen über einzelne Bestandteile, eine Politik im Sinne der *National Security Strategy* zu erwarten. Überraschend ist, dass jemand wie John Lewis Gaddis, einer der bedeutendsten Historiker des Kalten Krieges, diese Strategie für schlüssig und angebracht hält. Gaddis steht der George-Kennan-Schule der amerikanischen Diplomatie sehr nah, einem zurückhaltenden Ansatz, der davon ausgeht, Amerika gefährde seine eigene Demokratie, wenn es alle anti-demokratischen Kräfte der Welt als Feinde betrachte. Diese Vorsicht, die

John Lewis Gaddis teilt, sprach z.B. gegen eine NATO-Mitgliedschaft für Polen, Ungarn, und die Tschechische Republik. Und trotzdem schreibt Gaddis in der November/Dezember-2002-Ausgabe von *Foreign Policy*, wie sehr diese neue Ernsthaftigkeit, diese neue Bereitschaft, in großen strategischen Kategorien zu denken, zu begrüßen sei. "...the Bush strategy is right on target with respect to the new circumstances confronting the United States and its allies in the wake of September 11".¹⁶ Die *National Security Strategy* sei richtig, so Gaddis, obwohl sie einige Gefahren¹⁷ berge und obwohl sie nur gelingen könne, wenn große Teile der Welt beteiligt seien.

Amerikas Wunsch an Europa: stark, groß und beteiligt

Sind die Europäer beteiligt, ob einzeln oder geeinigt? Nach amerikanischem Verständnis sind die Staaten Europas einfach zu sehr Bestandteil der offenen, freien Weltordnung, um nicht dabei zu sein – ob heute gegen den Irak oder morgen gegen eine andere Gefahr. Wir erleben ein stetig wachsendes Europa in einer immer kleiner werdenden Welt. Europa wächst in den Orient hinein; die Gefahren an der europäischen Peripherie bleiben bestehen. Dass diese unsichere Peripherie nicht mehr durch Berlin geht, heißt aber nicht, dass ihre Stabilisierung für Amerika nicht von Interesse wäre. Im Gegenteil, die erweiterten europäischen Grenzgebieten, ob im Nahen Osten oder in Zentralasien, gehört zum strategischen Schwerpunkt amerikanischer Außenpolitik.

Europa bleibt elementarer Bestandteil der amerikanischen Außenpolitik, auch in ihrer neusten Ausgabe. Weiterhin wünscht die amerikanische Re-

16 Selbst die Dimension des Ansatzes beeindruckt Gaddis: "*There's been nothing like this in boldness, sweep, and vision since Americans took it upon themselves, more than half a century ago, to democratize Germany and Japan, thus setting in motion processes that stopped short of only a few places on earth, one of which was the Muslim Middle East.*" See John Lewis Gaddis, "A Grand Strategy of Transformation," *Foreign Policy*, November/December 2002, www.foreignpolicy.com

17 Gaddis sieht bei der neuen Strategie drei Gefahren. „*Multitasking*“: Die Schwierigkeit, zu viele Sachen gleichzeitig zu tun. "*The welcome*": Wird man als Agent der Demokratisierung willkommen geheißen in den nicht-demokratischen Teilen der Welt? "*The moral high ground*": Ist das Vorgehen „legitim“, kann man Kraft aus der moralischen Richtigkeit der eigenen Position schöpfen? Ibid.

Rally the World

gierung ein großes und starkes Europa. Umgekehrt ist Amerikas tiefste Sorge ein schwaches, kleines, und daher zynisches und resigniertes Europa. Zugegeben, dieser „eindeutig amerikanische Internationalismus“, der darauf zielt, Europa, wenn nicht die ganze Welt (*rally the world*), in den Krieg gegen Terror einzubeziehen, er ist für die Europäer vielleicht weniger angenehm als ein wirklich unilateralistisches Amerika, das alles nur allein macht. Nichtsdestotrotz gilt für Europa und Amerika weiterhin: Gemeinsam können sie – auf dem Weg zu einer besseren und sichereren Welt – viel mehr erreichen als getrennt. Optimismus für die transatlantischen Beziehungen ist angebracht – nicht nur wegen der Erfolge der Vergangenheit, sondern vielmehr wegen der Möglichkeiten und Herausforderungen der Zukunft.

Lothar Rühl

Das europäisch-amerikanische Verhältnis seit dem 11. September 2001¹

Für das Verhältnis zwischen Europa und den USA stellen sich nach dem Terroranschlag vom 11. September 2001 auf New York und das Pentagon bei Washington zwei politische Grundfragen allgemeiner Natur, von denen sich die speziellen Fragen nach der Entwicklung der Beziehungen und nach den Problemen – alten, veränderten und neuen – der „transatlantischen Partnerschaft“ ableiten:

I. Was hat sich im Wesentlichen nach dem 11. September 2001 zwischen Europa und Amerika verändert?

II. Welche Schlussfolgerungen sind zu ziehen?

Der Anschlag „auf Amerika“ hat nach der souveränen Feststellung des Präsidenten Bush die Vereinigten Staaten „in Krieg“ mit einem, zu jenem Zeitpunkt noch nicht sicher erkannten und deshalb noch nicht in einer Feindansprache völkerrechtlich definierten Kriegsgegner versetzt. Die Ausrufung eines Kriegszustands, gegen die kein europäischer Staat Einspruch erhob und den kein Partner der USA öffentlich kritisierte, veränderte die Beziehungen der USA zur Außenwelt. Was das Recht auf Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der VN-Charta für Gegenschläge auf andere Länder oder ausgemachte Ziele in anderen Ländern, also allgemein das Recht zum Kriege im Zuge einer fortgesetzten Vorwärtsverteidigung der USA über internationale Grenzen auf fremden Kontinenten durch Angriffe und Eingriffe mit militärischer Gewalt betrifft, so gaben die VN den USA praktisch

1 Text Vortrag ZEI Bonn am 22. November 2002. Redigierte Fassung vom 26. März 2003.

freie Hand durch ihre ersten Resolutionen des Sicherheitsrates, die weit gefasst wurden und im Prinzip weitergelten, solange ihrer Anwendung nicht durch eine Mehrheit der VN widerspricht und der Sicherheitsrat sie nicht aufhebt oder einschränkt. Gegen solche Änderungen könnte sich Washington durch ein Veto wehren. Auslegungstreit im VN-Sicherheitsrat in der Folge der amerikanischen Praxis war von Anfang an vorherzusehen, daß Präsident Bush eine „carte blanche“ für weltweite gezielte militärische Gewaltanwendung im „Krieg gegen Terror“ während eines „langen Feldzugs“ zur Beseitigung des internationalen Terrorismus als Gefahr für Weltfrieden und internationale Sicherheit, vor allem aber als eine fortbestehende Aggressionsgefahr gegen die USA in der Hand zu haben glaubte und entsprechend in Afghanistan und später gegen den Irak agierte.

Dies galt und gilt weiter ebenso für einseitig durch die USA verhängte Sanktionen wie Handelsembargos und Blockaden zu deren Durchsetzung, Verkehrssperren, Sperrung von Bankguthaben, Wertpapierdepots, Krediten, Einfrierung von Kapitalverkehr, Beschlagnahme von Schiffen, Luftfahrzeugen und anderen beweglichen Gütern in den USA oder in anderen Ländern, auf hoher See und in internationalen Freihäfen. Teilweise sind solche Maßnahmen von VN-Resolutionen gedeckt, teilweise müssen sie von den USA und Großbritannien mit anderen Ländern ausgehandelt oder gegenüber einigen Ländern durchgesetzt werden. Die EU hat sich wie die europäischen Nato-Partner insgesamt im Großen und Ganzen mit solchen Isolierungsaktionen der USA gegen den Irak und einzelne andere Länder, die im Verdacht stehen, Terroristen zu unterstützen oder selber Terror auszuüben, in Auftrag zu geben oder nachweislich für ihre eigenen Zwecke zu nutzen, einverstanden gezeigt oder mit ihnen abgefunden. Allerdings ist es auch immer wieder zu Einwänden gekommen; einzelne europäische Staaten, insbesondere Frankreich, haben schon seit eh und je internationale Sanktionen im eigenen Interesse selektiv und pragmatisch behandelt, also nur insoweit angewandt, als dies unbedingt nötig war, um VN-Geboten zu entsprechen. Über die Türkei und Griechenland hat sich im Falle des Irak und vorher des Iran schon seit Verhängung der VN-Sanktionen von 1991 und früherer Embargo-Gebote ohnehin ein von den Regierungen in Ankara und Athen geduldeter Schmuggel hochwertiger Güter, besonders Waffen und militärisch einsetzbarer Technik blühend

und militärisch einsetzbarer Technik blühend ausgebreitet, so daß auch die türkischen Angaben über angebliche Handelsverluste mit dem Irak durch das internationale Embargo, an dem Washington und London immer festhielten, mit Vorsicht zu betrachten sind. Frankreich, Griechenland, die Türkei, Italien und Spanien sind auch die Nato-Partner der USA, die seit mehreren Jahren eine Lockerung, schließlich gemeinsam mit Rußland und allen arabischen Ländern die Aufhebung gefordert haben. Frankreich zog sich Mitte der 1990er Jahre von der Embargo-Kontrolle und von der Kontrolle der Flugverbotszonen über dem Irak zurück. Insgesamt blieb die französische Politik seit dem II. Golfkrieg 1991 auf eine Schonung des Irak und deshalb auf eine Beendigung des „containment“, der Politik der Eindämmung und Isolierung des Irak und des Iran gerichtet – eine politisch-ökonomische Interessensparallele zwischen Paris und Moskau schon lange vor dem 11. September 2001. Diese französische Politik gegen die amerikanisch-britische Sanktionspraxis im Verfolg des strategischen „containment“ wirkte sich auch als Irritationsmoment auf die Beziehungen der EU zu den USA aus, verlor in den ersten Monaten nach dem 11. September an Schärfe, nahm dann aber seit dem Sommer 2002 wieder ein kantiges Profil gegen Amerika an, als immer deutlicher wurde, daß die Bush-Administration den „Krieg gegen den Terror“ über Afghanistan hinaus zumindest auf den Irak auszudehnen versuchte, um das als „terroristisch“ und „totalitär“ bezeichnete Regime der Staatspartei Baath mit der persönlichen Diktatur Saddam Husseins zu beseitigen, um eine Bedrohung mit ABC-Waffen, die entstehen könnte, „präventiv“, also im Vorgriff mit bewaffneter Gewalt, zu beseitigen.

Diese amerikanische Absicht hatte sich seit Anfang 2002 verdeutlicht, als US-Vizeverteidigungsminister Paul Wolfowitz Anfang Februar in München auf der Internationalen Sicherheitskonferenz zum ersten Mal öffentlich in Europa von „prä-emptiver Prävention“ als neue Strategie mit vorbeugenden Angriffen und Eingriffen über internationale Grenzen hinweg sprach und dabei auch die Devise formulierte, daß „die Missionen die Koalitionen bestimmen“ (the missions will determine the coalitions) würden, daß also Washington künftig mit ad hoc-Zweckbündnissen auf Zeit für militärische Interventionen in anderen Ländern operieren wollte.

Die Implikationen dieser neuen Strategie einer weltweit ausgreifenden Vorwärtsverteidigung der USA durch Interventionen nicht nur in Krisengebiete, sondern in anderen Ländern gegen den Willen von deren Regierungen und gegebenenfalls auch ohne internationales Mandat durch die VN, riefen sofort politischen Widerspruch nicht nur in Paris, sondern auch in Berlin und in anderen europäischen Hauptstädten hervor, allerdings zunächst nur inoffiziell und in den Medien, während zumindest die deutsche Regierung sich anfangs noch zurückhielt, bis der Vorwahlkampf für die Bundestagswahlen vom September 2002 begann und Bundeskanzler Schröder in mehreren Reden erklärte, daß er „Fragen“ über diese Art der „Prävention“ habe und daß unter seiner Regierung Deutschland sich „in keinem Fall“ an einem Krieg gegen den Irak beteiligen würde.

Unmittelbar nach dem 11. September hatte der Kanzler vor dem Bundestag der USA noch die „uneingeschränkten Solidarität Deutschlands“ versichert. Berlin stimmte der Erklärung des Bündnisfalls mit dem bewaffneten Beistand für die USA und dem Einsatz deutscher Truppen im Prinzip zu, deutsche Kriegsschiffe und Flugzeuge nehmen seither an der Sicherung der Seeverbindungen und an der Kontrolle der Seewege zwischen Südwestasien und Ostafrika aktiv teil, deutsche ABC-Abwehr-Spezialisten sind in Kuwait zur Verteidigung stationiert und Deutschland stellt eines der größten Kontingente zur internationalen Schutztruppe in Kabul. Deutsche Spezialeinsatzkräfte wirkten in Kompaniestärke vom Dezember 2001 an bis zum Frühjahr 2003 gemeinsam mit den US Special Operations Forces an der Grenze zu Pakistan an der Bekämpfung von Untergrundgruppen der Al Qaida mit.

Britische, französische, italienische, spanische, niederländische und andere europäische Truppenkontingente zusammen mit türkischen repräsentierten zugleich die Mitwirkung der Nato und der EU an der Friedenssicherung in Afghanistan. Die Nato selber trat als Bündnis nicht in Aktion, weil Washington dies nicht erbeten, sondern die Beteiligung einzelner Partner an der neuen internationalen Koalition für spezifische Beiträge vorgezogen hatte. Daran hat sich seither nichts geändert: Die militärischen Operationen gegen Al Qaida und die Überreste der Taliban im Untergrund und in den Grenzgebieten werden von US-Streitkräften mit britischen, australischen

und anderen Hilfstruppen geführt, die internationale Sicherheitspräsenz ist auf Kabul und dessen Flugplatz mit Nato „command & control“-Verfahren in europäischer Regie beschränkt. Entsprechend der amerikanischen Konzeption von der „Koalition der Willigen“ wurde dieses Muster auch – unter gänzlich anderen politischen und völkerrechtlichen Bedingungen – seither auf die Situation am Persisch-Arabischen Golf mit dem Aufmarschgebiet Kuwait gegen Irak und dem Feldhauptquartier des US „Central Command“ für Kriegführung übertragen: wiederum eine internationale Koalition unter amerikanischer Führung, dieses Mal aber nur mit einem größeren Partner Großbritannien und einigen kleineren Truppenkontingenten aus Europa, insbesondere polnischen, tschechischen und spanischen für besondere Hilfsfunktionen. Außerhalb der Nato und EU wirkten im Frühjahr 2003 auch ein ukrainisches und ein rumänisches mit.

Die im Verhältnis zu Nato und EU heterogene Mitwirkung europäischer Länder an zwei Koalitionen unter US-Führung, die in beiden Fällen von Anfang an über die Mitgliedschaft der Nato und über die der EU in den Osten Europas hinausging, ist ein Beispiel für die Sprengung der politischen Einheit beider westlicher euro-atlantischen Organisationen und für eine Zerfaserung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik in internationalen Konflikten. Für Amerika war und ist aber europäische Unterstützung wesentlich und psychologisch ausreichend, unabhängig davon, welche europäische Gruppe sie gibt, solange die großen europäischen Partnerländer teilnehmen und sich mit den USA kooperativ zeigen. Hier liegt die „fault line“ oder die Bruchstelle im atlantischen Bündnis zwischen Nordamerika und Europa wie die zwischen USA und EU, deren Mitgliedschaft nicht mit der europäischen Seite in der Nato deckungsgleich ist: Die EU-Staaten Irland, Finnland, Österreich und Schweden sind nicht Mitglieder der Nato wegen ihrer erklärten Neutralität aus früheren Zeiten und deren Neudefinition seit dem Ende des Ost-West-Konflikts. Dänemark ist zwar Mitglied sowohl in der Nato als in der EU, nimmt aber an der gemeinsamen europäischen Außen-, Sicherheits-, und Verteidigungspolitik nach den Verträgen von Maastricht und Amsterdam nicht teil. Die Nato-Partner Island, Norwegen und Türkei sind nicht Mitglieder der EU, können aber an der ESVP der EU-Partner teilnehmen wie die Beitrittskandidaten zur EU. Diese Unter-

schiede summieren sich in einem politischen Manko: Europa ist noch immer keine internationale Adresse in der Weltpolitik, was auch von den ständigen Sitzen zweier EU-Mitglieder, Großbritannien und Frankreich, im VN-Sicherheitsrat mit Vetorecht, das diese für ihre eigenen nationalen Interessen gebrauchen, ohne dies einer europäischen Konsultation geschweige denn europäischen Beschlüssen, zu einzelnen Fragen reflektiert wird.

1. Die Veränderungen seit dem 11. September 2001 und deren unmittelbare Auswirkungen auf das europäisch-amerikanische Verhältnis

1. Die erste und psychologisch bedeutsamste Veränderung liegt im Paradigmenwechsel beiderseits des Atlantik, der schon in der atlantischen Solidaritätserklärung vom 11. September durch den Nordatlantikrat in Brüssel zum Ausdruck kam, der aber seither unter wieder veränderten psychologischen Bedingungen in der gegenseitigen Perzeption weiterwirkt: Die USA erscheinen und wirken in Europa selber nicht länger als die Schutzmacht, die Sicherheit gibt und mit ihrer „extended deterrence“ oder „erweiterten Abschreckung“ das atlantische Europa gegenüber der früheren feindlichen Macht im Osten, der Sowjetunion, abschirmt, dadurch Konfliktrisiken abdeckt und Krieg verhindert, sondern als außereuropäische Weltmacht, die europäische Unterstützung im eigenen Interesse in Anspruch nimmt, aber als Verbündeter auch solche Unterstützung im Falle einer Bedrohung oder Aggression wie am 11. September 2001 beanspruchen kann. Zum ersten Mal seit Bestehen der Allianz 1949 wurde am 11. September der Bündnisfall erklärt und militärische Aktion in Aussicht genommen und dies nicht für Europas Sicherheit unmittelbar, sondern zunächst für die Sicherheit der USA und Kanadas vor weiteren Terrorangriffen von außen und natürlich gegen militärische Aggression, so hypothetisch letztere auch nach dem 11. September wie zuvor waren und weiterhin sind. Die Sicherheitslage und das unmittelbare Schutzbedürfnis hatte sich am 11. September zwischen Westeuropa und Nordamerika umgekehrt: Nicht die USA sprangen in der akuten Krise als „Sicherheitsgeber“ ein, sondern Europa, indem die gemeinsamen Luftraumkontrollflugzeuge AWACS mit gemischten Besatzun-

gen zur Verstärkung der US-Heimatluftverteidigung aus Europa in die USA entsandt wurden. Nicht Europa war und ist derzeit der „Sicherheitsnehmer“, sondern Nordamerika. Dies würde sich im Falle größerer Terrorangriffe in Europa oder militärischer Drohungen (aus dem Orient) gegen europäische Länder wieder ändern. Allerdings darf diese Umkehrung nicht absolut gesetzt und strategisch-politisch überbewertet werden, denn im Gegensatz zu Europa kann Amerika sich stets selber mit eigenen Mitteln verteidigen und ist weder auf europäische Solidarität in der Krise noch auf europäischen Schutz oder auch nur auf europäische Mitwirkung an der Verteidigung des nordamerikanischen Kontinents angewiesen.

Allerdings bedarf gerade die von Präsident Bush ein Jahr nach dem 11. September 2001 am 28. September 2002 genehmigte neue „Nationale Sicherheits-Strategie der USA“ mit der Konzeption von der „prä-emptiven Prävention“ oder „offensiven Defensive“ zumindest passiver Unterstützung auf fremden Meeren und Kontinenten. Vorbeugende Angriffe auf fremde Länder und Eingriffe in fremden Ländern, Vorwärtsdislozierung von US-Eingreifkräften in Übersee und deren Verstärkung im Konfliktfall zur Kriegführung oder zur präventiven Krisenbeherrschung sind, wie die Beispiele Afghanistan und Irak zeigen, ohne die Bereitstellung von Truppen auf freundschaftlichem Gebiet, ohne die Benutzung von Stützpunkten, Häfen, Flugfeldern und Luftraum in anderen Ländern nicht möglich. Weit ausgreifende Vorwärtsverteidigung Nordamerikas mit den Mitteln der militärischen Krisenintervention setzt trotz der globalen Reichweite und Beweglichkeit der US-Militärmacht ein Netz von Stützpunkten in anderen Ländern, Verbündete und Koalitionspartner zumindest für Hilfsdienste und zur Entlastung der US-Streitkräfte von anderen Aufgaben, etwa der Sicherung der rückwärtigen Verbindungen und des Nachschubs, voraus. „Einseitige“ Operationen kann die „singuläre Weltmacht“ USA sich nur ausnahmsweise, am ehesten zur Not noch in Zentral- und Südamerika, leisten. Aber auch politisch sind solche einseitigen Unternehmen der USA stets riskant, wie die Vorgänge im VN-Sicherheitsrat über die Irakresolution vom 8. November 2002 zeigen.

Diplomatische Opposition mag sich auf dem Konfliktschauplatz nicht auswirken, wohl aber in der internationalen Politik zwischen den Regierungen

und in der internationalen Öffentlichkeit. Auch die Weltmacht Amerika hat an „splendid isolation“ zu tragen, sobald sie Partei in einem bewaffneten Konflikt ist und auf die politischen Interessen ihrer Koalitionsverbündeten und politischen Klienten in der Welt Rücksicht nehmen muß. In dieser Hinsicht sind die Beziehungen zu Europa belastet wie die zu den arabischen und anderen orientalischen Ländern. Diese Problematik ist seit dem 11. September und dem Krieg in Afghanistan wie im Konflikt mit dem Irak über dessen Entwaffnung im ABC-Rüstungs- und Raketenbereich geschärft und gehärtet mit Kontroversen selbst im Verhältnis zu alten Verbündeten in Europa wie Frankreich, das offen Stellung gegen amerikanischen „Unilateralismus“ und eine in Paris wie in Moskau und Peking so genannte „unipolare“ Weltordnung auf Washington und „die Hypermacht USA“ bezogen, wie der ehemalige französische Außenminister Hubert Védrine, der sein Amt unter den Präsidenten Mitterrand und Chirac ausübte, formuliert hat. Hier wirkt eine stets latente und seit dem Frühjahr 2002 wieder akute Spannung am Fundament der Allianz wie der „transatlantischen Partnerschaft“ und dem Verhältnis USA – EU. Der Ausdruck Hypermacht statt Supermacht ist nicht einfach eine Steigerung, sondern suggeriert analog dem medizinischen Terminus „hypertension“ für Bluthochdruck ähnlich wie „hypersensibilité“ oder Überempfindlichkeit eine politische Pathologie als Charakteristikum der USA. So jedenfalls war er als Polemik im Kontext französischer Kritik an der amerikanischen Machtentfaltung in der Welt zu verstehen, ein anderer Ausdruck für amerikanischen „Imperialismus“ und Hegemoniestreben, das vor allem in Paris den USA schon während der Präsidentschaft Clintons zugeschrieben wurde – eine Unterstellung, die seither in Europa weit verbreitet ist, auch nach dem 11. September 2001.

2. Die zweite Veränderung hängt mit der ersten unmittelbar und untrennbar zusammen: der Verlust des Gefühls der Amerikaner, in ihrem Land sicher gegen Angriffe von außen zu sein. Dieses kollektive Gefühl der Unverletzlichkeit Amerikas, des amerikanischen Herzlandes, hat das amerikanische Sicherheitsbewußtsein über nahezu zwei Jahrhunderte seit dem letzten Krieg für die nationale Unabhängigkeit gegen England 1812 im Zeichen der 1823 verkündeten „Monroe-Doktrin“ von der Unverletzlichkeit der „westlichen Hemisphäre“ des amerikanischen Doppelkontinents durch

Eingriffe von außen, damals der europäischen Kolonialmächte, Rußland eingeschlossen, geprägt. Bedrohungen von Übersee wurden bis in den II. Weltkrieg in Nordamerika nicht mehr als real angenommen. Auch der japanische Überfall auf Pearl Harbor im Dezember 1941, der die USA in den Krieg stürzte (den Präsident Roosevelt längst für unausweichlich gehalten, vorbereitet und angestrebt hatte, allerdings vor allem in Europa, um Großbritannien aktiv zu unterstützen und den Kontinent von der deutschen Kriegsherrschaft zu befreien), änderte nichts am Sicherheitsbewußtsein Amerikas, obwohl kurzzeitig in Kalifornien Panik über die angebliche Gefahr einer japanischen Invasion ausbrach. Pearl Harbor auf Hawaii war und ist ein ferner Flottenstützpunkt im Pazifik, 1941 zwar unter der Souveränität der USA, aber nicht deren Teil. Es handelte sich nicht um einen Angriff oder um eine Bedrohung des „American homeland“.

Dieses vorherrschende Sicherheitsbewußtsein ist am 11. September 2001 der Erfahrung des direkten Angriffs durch einen monströsen Terroranschlag gewichen. Dieser Anschlag wurde zwar in den USA ausgeführt, doch war er im fernen Asien geplant, in Europa vorbereitet und von Terroristen unternommen worden, die zu diesem Zweck in die USA eingereist und die amerikanische Bevölkerung infiltriert hatten: „Der Feind im eigenen Land“ mit der Folge, daß „der Krieg gegen Amerika“ zu Hause begann, daß als erstes „die Heimatfront“ – ein paradoxes Wortgebilde der Ironie – bedroht war.

Der Verlust des Sicherheitsgefühls durch die massiven Verluste im Einsturz der beiden Türme des Welthandelszentrums in New York und den Terrorschlag gegen das Pentagon, während ein drittes Flugzeug als explosiver Brander dem Kapitol in Washington dem Sitz des Kongresses der USA gegolten hatte, mit der herausfordernden Symbolik des Anschlags als einer Kriegserklärung an die USA, führte schließlich sogar – zum ersten Mal in der Geschichte der USA – zur Einrichtung eines Sicherheitsministeriums als Koordinationszentrale mit Kabinettsrang, des „Department of Homeland Security“ oder Heimatschutz und Zivilverteidigung.

Damit teilt Amerika seither mit Europa und dem Rest der Welt die leidvolle Erfahrung der Bedrohung im eigenen Land, der Gefährdung der eigenen

Bevölkerung, der eigenen Städte und Industrie. Diese Erfahrung hat den USA und ihrer Weltpolitik wie ihrer Kriegsstrategie gefehlt, wengleich der amerikanische Bürgerkrieg in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zwischen den Nordstaaten und den Südstaaten in die Kriegsgeschichte als der erste Krieg im Industriezeitalter und damit als der erste moderne Krieg mit hochgerüsteten Massenarmeen und im Norden einer auf Hochtouren laufenden Kriegsmaschine einging, weiträumige Verheerungen und katastrophalen Verluste der Armeen samt dem Ruin ganzer Landesteile und ihrer Einwohner verursachte. Doch die Erinnerung an den „Civil War“ ist nach hundert Jahren zur Folklore gewandelt und hat schon seit dem II. Weltkrieg das Bewußtsein der Nation nicht mehr bestimmt. Kriege waren für Amerika im 20. Jahrhundert stets Expeditionskriege in Übersee, auf fremdem Boden fern der Heimat. Die Verluste waren vergleichsweise gering, jedenfalls sehr viel geringer als die Kosten und noch geringer als die späteren Gewinne aus Krieg und Wiederaufbau zerstörter Länder in der Nachkriegszeit. Auch der großzügige „Marshall-Plan“ von 10 Mrd. \$ für den Wiederaufbau Europas nach 1945 brachte Amerika später einen neuen Handelspartner und mit diesem einen wertvollen und stetig wachsenden Exportmarkt, dazu hochwertige Produkte, die so großen Absatz in den USA fanden, daß die Handelsbilanzen, sodann die Zahlungsbilanzen mit den westeuropäischen Ländern der EG und mit Japan, schließlich sogar mit Südkorea und Taiwan in chronische Defizite abglitt. Dafür finanzierten die USA diese Defizite mit den wachsenden Dollaranlagen ihrer Gläubiger aus dem Handel und dem Zahlungsverkehr dank des hohen Geld- und Kapitalzinses und über diese ihre internen Haushaltsdefizite, die weiteren Rüstungsausgaben eingeschlossen. Die USA haben aus dem II. Weltkrieg wie aus dem Koreakrieg nicht nur massiv profitiert, sondern dank der wirtschaftlichen Folgeentwicklungen auch ihre Industrie, ihre Infrastruktur und ihre Städte zügig modernisiert. Sie haben jahrzehntelang die internationale Luftfahrt beherrscht mit Hilfe ihres Flugzeugbaus, der seinen rasanten Aufstieg vor allem dem Krieg verdankte wie die amerikanische Weltraumfahrt.

Im „Kalten Krieg“ galt in der Nato für die gemeinsame Sicherheit von Europa und Amerika der Leitsatz von „shared risks and responsibilities“ oder „Risiko- und Verantwortungsteilung“, hinter dem das amerikanische Drän-

gen auf „burden sharing“ oder Lastenteilung für den Verteidigungsaufwand, der vor allem der Sicherheit Westeuropas galt, stand. Tatsächlich bestand nie „equal security“ oder gleiche Sicherheit für Europa und Amerika, denn der Atlantik bietet Nordamerika eine breite Sicherheitsmarge im Konflikt, solange er nicht von Fernwaffen übersprungen und Nordamerika mit Massenvernichtungsmitteln bedroht werden kann. Bündnissolidarität beruhte auf dem Postulat „gleiche Sicherheit“, nicht aber auf einer solchen Realität außer im unwahrscheinlichen Fall eines Nuklearkrieges, wenn die Eskalation das Wort Kennedys von 1961 über die Abschreckungsstrategie der USA „Unsere Städte für Eure Städte“ wahr machen sollte, was wiederum keineswegs sicher und nicht einmal wahrscheinlich war. Kennedy brachte die ersten weiterreichenden nuklear bestückten Mittelstreckenflugkörper nach Europa und in die Türkei, um die Sowjetunion vom Vorfeld aus direkt zu bedrohen und weder allein auf die Langstreckenbomber noch auf Raketen in Amerika für die Ausführung der nuklearen Drohung als Erwiderung auf einen Angriff angewiesen zu sein und um so das „American homeland“ zu entlasten.

Die Raketenkrise um Kuba im Oktober 1962 war das Resultat des Moskauer Gegenzugs vorwärts an die Peripherie der USA für eine direkte nukleare Bedrohung der amerikanischen Ostküste mit sowjetischen Raketen und Bombern. Das Ende der Krise mit dem Rückzug dieser Nuklearwaffenträger von Kuba und dem danach folgenden Rückzug der amerikanischen Raketen aus Reichweite zur Sowjetunion vom europäischen Vorfeld leitete die Rüstungskontrollverhandlungen und die Nonproliferationspolitik zwischen Washington mit London und Moskau ein. Da diese Krise wie schon im Jahr zuvor die zweite Berlinkrise ohne Eskalation der militärischen Konfrontation vor Kuba in Krieg durch eine Pokerspiel-Diplomatie zwischen Kennedy und Kruschtschew beendet werden konnte und also die Drohung gegen Amerika sich nicht in einem nuklearen Raketenangriff realisierte, verflüchtigte sich die Erinnerung ohne Impakt bald. Für die USA blieb die Kuba-Krise ein Thema der Beziehungen zur sowjetrussischen Gegenmacht und damit der nuklearen Strategie, für die Amerikaner aber nur ein Zwischenfall ohne Folgen. Der Vietnamkrieg im fernen Ostasien über-

blendete dann ab 1965 für ein Jahrzehnt den Horizont Amerikas ohne Bedrohung des eigenen Landes.

Der Golfkrieg 1990/91 hatte ebenso wenig negative Rückwirkungen auf Amerika. Im Mittelpunkt des Horizonts stand ohnehin der historische Erfolg in Europa mit der Auflösung des Warschauer Pakts, dem beginnenden Rückzug der Sowjetmacht aus Mitteleuropa und die Öffnung des Ostens. Schon zwei Jahre zuvor war die Sowjetarmee aus Afghanistan abgezogen und die kommunistische Diktatur in Kabul gefallen, auch dies ein Erfolg für Amerika. Das militärische Engagement in Europa konnte verringert und die Nato nach dem Ende der Konfrontation umgebaut werden. Die Kriegsrisiken traten zurück, während die Nato sich als ein politisches Bündnis nach Osten auszubreiten begann und die Bedingungen der europäischen Sicherheit bestimmte.

Die Balkankriege im jugoslawischen Zerfallsprozeß 1991-99 störten den herausziehenden Frieden und stellten den Sinn der westlichen Politik in Frage, bis die Nato sie durch ihre US-geleiteten militärischen Interventionen in Bosnien und im Kosovo beendete. In Amerika herrschte die Meinung vor, daß die überseeischen Engagements und Interventionen bald beendet werden könnten und daß die USA in Europa „ihren Job getan“ hätten und eigentlich ihre Truppen abziehen könnten, um sich ganz dem internationalen Geschäft des Handels und der Kapitalinvestition zu widmen. Nur der Orient blieb gespannt, widersprüchlich, unsicher aber auch in seinen politischen Gegensätzen ebenso zementiert wie die Diktaturen und die autoritären Präsidialregierungen und Monarchien. Man wußte in Washington, daß der Islamismus zu einer Gefahr für die politische Stabilität am Golf, für Afghanistan und Pakistan, für Saudi-Arabien trotz einer fundamentalistischen Monarchie, für Ägypten und für Palästina geworden war, zumal Israel unerfüllbare territoriale und politische Friedensbedingungen stellte. Trotzdem war der 11. September für Amerika ein beispielloser traumatischer Schock, der eine kollektive Überreaktion anstieß.

Bis dahin hatte zwischen Europa und Amerika in 50 Jahren Frieden und Sicherheit im Schutze des gemeinsamen Bündnisses tatsächlich wenig Gemeinsamkeit in der Beurteilung der euro-atlantischen Sicherheitslage und

der globalen Bedrohungen bestanden. Das Sicherheitsbewußtsein auf beiden Seiten des Atlantiks war schon seit dem I. Weltkrieg nie gleich gewesen. Der Effekt war eine Bewußtseins-Differenzierung zwischen Amerikanern und Europäern nach dem Kriterium der unmittelbaren Gefährdung und kollektiven Verletzlichkeit gewesen. Die Europäer hatten ihre kollektiven Kriegserinnerungen, inzwischen für die große Mehrheit der europäischen Bevölkerung nicht persönlich erlebt, sondern nur vermittelt, aber noch immer als Schatten präsent. Plötzlich legte sich mit dem Einsturz der Türme über Manhattan der Schatten des Terrors über Amerika, den Europa in tausenden von Bombenangriffen als Luftkrieg und vielen hundert Artilleriebeschüssen europäischer Städte als Landkrieg mit Eroberung und Verheerung erlitten hatten. Obwohl die Zahl der Opfer von New York an jenem Tag in keinem Verhältnis zur Vielzahl der in einigen Städten Europas nach Zehntausenden zählenden Todesopfer in einer einzigen Bombennacht wie in Hamburg oder Dresden stand, war die Katastrophe des 11. September ein kompensatorisches Moment: Amerika war zum ersten Mal vom Krieg in Gestalt eines Bombenterrors besonderer Art ergriffen, die eingebilddete Unverwundbarkeit war verloren.

Der Anschlag vom 11. September 2001 hatte einen nivellierenden Effekt zwischen Amerika und Europa: Eine Annäherung der Bewußtseinslagen auf beiden Seiten des Atlantiks für einen historischen Moment. Die USA waren nach dem Maßstab der Verwundbarkeit ein Land wie jedes andere geworden. Die amerikanischen Reaktionen auf diesen Impact aber haben seither zu einer neuerlichen Differenzierung geführt, die in den Haltungen zum Irak und zum Orient deutlich wird. Die früher kriegsgewohnten Europäer sehen die Herausforderung durch Saddam Hussein und den Irak samt seiner Massenvernichtungsmittel gelassener, vielleicht auch leichtsinniger und willensschwächer. Aber die Differenzierung der Einstellungen zu dem gestellten Problem auf beiden Seiten des Atlantik ist real und für die atlantische Partnerschaft mit oder ohne militärische Allianz in der Zukunft von kritischer Bedeutung, wird sie doch das Verhältnis zwischen den USA und Europa einschließlich Rußlands am östlichen Rand als eurasische Kontinentalmacht nach den Kriterien der Verteidigungsbereitschaft und der militärischen Fähigkeiten für eine präventive Krisenbeherrschung mit militäri-

schen Mitteln definieren. Der Einsatz solcher Mittel wird aber für eine ausgreifende Vorwärtsverteidigung, etwa „am Hindukusch“, wie der deutsche Verteidigungsminister Struck öffentlich für den Beginn der deutschen Landesverteidigung erklärte, vorgesehen werden müssen. Wieweit werden die Europäer dabei mit den Amerikanern gehen, wenn sie gefordert werden?

3. Die dritte Veränderung hat den Orient und den Islam wegen der islamistischen Terroranschläge vom 11. September in das Zentrum des amerikanischen Horizonts katapultiert, auf dem bis dahin als abstrakte Bedrohungselemente nuklear bestückte Interkontinentalraketen und Raketen-U-Boote fremder Mächte im globalen Konflikten standen. Statt einer Großmacht mit strategischen Streitkräften hatte aber eine eher kleine Terrororganisation von militanten politischen Islamisten mit fanatisierten Anhängern unter der Leitung eines jemenitischen Millionärs saudischer Nationalität, der in Afghanistan mit amerikanischer Hilfe gegen die Kommunisten und die Sowjetarmee erfolgreich gekämpft hatte, einen ideologischen Krieg gegen Amerika erklärt und mit dem ersten großen Coup eröffnet. Wieweit war damit der politische Islamismus im Orient zum Feind Amerikas, Europas, des Westens und der „freien Nationen“ geworden? Über diese Frage hat seit dem 11. September nach den anfänglichen Solidaritätsbekundungen und der Ausrufung des Bündnisfalls als „casus belli“ eine prinzipielle Differenzierung zwischen den meisten europäischen Ländern und der USA eingesetzt.

Während insbesondere Großbritannien, das an der „special relationship“ mit Nordamerika als dem politischen Rettungsanker vor einem Absinken auf einen europäischen Rang neben anderen europäischen Ländern in EU und Nato festhält und als die ehemals dominierende Macht im Orient vom 18. bis zum 20. Jahrhundert ein besonderes, historisch vorgegebenes und psychologisch tief in der britischen Oberschicht eingprägtes Verhältnis zum Mittleren Osten wie zu Südasien hat, zudem an militärische Expeditionen in Übersee als Verlängerung der früheren imperialen Politik gewöhnt ist, die USA im Nahen und Mittleren Osten, in Afghanistan und in Ostafrika unterstützt, sind die übrigen europäischen Länder seit dem sich abzeichnenden neuen Golfkonflikt gegen den Irak, also seit dem Frühjahr 2002 auf Distanz zu Washington gegangen.

Diese Distanzierung ergibt sich nicht nur aus divergierenden Interessen im Verhältnis zu Amerika, sondern auch aus politischen Prämissen über den Krieg als Mittel der Politik, über militärische Intervention zum Regimewechsel oder zur Abrüstung eines Landes und über eine Strategie der „Prävention“ mit Waffengewalt durch „präemptive“, also vorbeugende Angriffe. Bezogen auf den Orient sehen die europäischen Nationen – wie die Meinungsumfragen in allen Ländern Europas beständig ausweisen – die Gefahr einer dauernden Konfrontation mit den arabischen Ländern und dem Islam als Kultur und Religion. Die etwa zehn Millionen Muslime in der EU, die hier registriert sind und zu denen vielleicht noch eine Million Illegaler kommt, sind mehr oder weniger sozial integriert, meist weniger, und ihre Anwesenheit wirkt sich als eine politische Hypothek auf der Handlungsfreiheit und Handlungswilligkeit der politischen Parteien, damit der Parlamente und Regierungen in Krisen und Konflikten im Orient oder in Kontroversen mit orientalischen Ländern aus. Dies ist selbst in Großbritannien deutlich geworden, in Frankreich und Deutschland ohnehin, aber auch in Spanien und Italien. Die Mittelostpolitiken Frankreichs, Spaniens und Italiens haben wie die Griechenlands und die Deutschlands, im letzteren Fall bei größere Rücksichtnahme auf Israel, eine Tendenz gezeigt, arabischen Forderungen so weit wie möglich entgegenzukommen. Dies ist besonders deutlich im Falle Frankreichs gegenüber Algerien. Die Gründe liegen aber nicht nur bei der Einwanderung aus muslimischen, insbesondere arabischen, Ländern, sondern in den Handels-Interessen und in der Abhängigkeit aller europäischen Länder außer Großbritanniens und Norwegens vom Golföl und vom algerischen Saharaöl und Erdgas. Zwar ist der 1973 nach dem Jom Kippur-Krieg der arabischen Koalition gegen Israel eingeleitete „europäisch-arabische Dialog“ in 30 Jahren nicht weit gediehen, zwar hängt der „Casablanca-Prozeß“ der EU für Kooperation zwischen den Mittelmeeranrainern wegen des unbewältigten Palästinakonflikts und der Beteiligung Israels fest wie der Osloer „Friedensprozeß“ von 1993 für den Nahen Osten. Doch suchen die EU-Partner beharrlich nach einer Friedensregelung zwischen Israel und einem unabhängigen arabischen Staat Palästina. Sie vermischen ein entschiedenes Engagement der USA für dieses Ziel und beklagen eine einseitige Unterstützung Washingtons für Israel. Die europäischen Regierungen

ropäischen Regierungen waren seit langem davon überzeugt, daß die USA den „Madriider Prozeß“ von 1991 nach dem letzten Golfkrieg hätten zum Erfolg führen sollen und können.

4. Die vierte Veränderung ist derzeit nicht abgeschlossen und auch ihre Richtung ist nicht eindeutig: Die Ausrichtung der Nato auf die Funktion einer global einsatzfähigen Interventionsallianz zur Friedenssicherung und Krisenbeherrschung. Einerseits wurde die Nato am Horn von Afrika, im Arabischen Meer und in Südwestasien militärisch aktiviert – wofür ein VN-Mandat für die Befreiung Afghanistans gegeben ist – andererseits haben die USA vom militärischen Beistand der Nato als Ganzem nicht Gebrauch gemacht, sondern gemäß ihrer Koalitionspolitik für ad hoc-Zweckbündnisse einzelne Nato-Partner ausgewählt und als Hilfskräfte benutzt. Die Nato-Beteiligung mit alliierterem „command & control“ für die internationale Schutztruppe in Kabul, zunächst unter britischem, dann unter türkischem, derzeit unter deutsch-niederländischem Befehl ist ein Minimum dessen, was die Allianz politisch bieten kann. Wo das Minimum ihrer militärischen Fähigkeiten über größere Distanz im außer-europäischen Raum liegt, muß noch erprobt werden.

Der amerikanische Vorschlag, eine etwa 22.000 Soldaten zählende Nato-Eingreiftruppe aufzustellen und für gemeinsame Einsätze mit US-Streitkräften außerhalb des Bündnisgebietes bei Kriseninterventionen einzusetzen, dafür auch gemeinsam mit US-Truppen in Europa auszubilden, soll offensichtlich dem Zweck dienen, der Nato solche militärischen Fähigkeiten auch für Koalitionskriege unter US-Oberbefehl, wie einer in Afghanistan geführt wird, zu geben. Die Bündnisorganisation wird dafür bisher nur partiell benutzt. Damit ist auch keine andauernde politische Bündnis-konsultation notwendig und Washington behält seine Handlungsfreiheit in der Welt außerhalb Europas.

Hier liegt eine Beschwerde der europäischen Verbündeten. Eine Nato-Eingreiftruppe müßte allerdings dem Nordatlantikrat und dem Alliierten Oberkommandierenden in Europa SACEUR unterstehen und dürfte nicht einfach einem nationalen US-Oberkommando wie „Central Command“ unterstellt werden. Zwar hat Washington im Herbst 2002 in Prag dies im

Prinzip zugesagt, doch die Praxis allein wird zeigen, wie eine solche Nato-Truppe außerhalb des Bündnisses geführt und politisch kontrolliert werden kann.

Der Irak-Konflikt, in dem sich ein neuer Golfkrieg seit dem Herbst 2002 deutlich abzeichnete und auch in den europäischen Regierungen allgemein erwartet wurde, obwohl man nach außen am Gegenteil festhielt und auf die VN hoffte, um einen Krieg zu vermeiden, macht deutlicher noch als der Interventionskrieg in Afghanistan, daß die Nato einerseits nützlich ist, daß sie aber auch übergangen und in einzelne Aktionsgruppen aufgeteilt und damit als Ganzes politisch neutralisiert, dazu auch durch Mitwirkung anderer Staaten außerhalb des Bündnisses in einer Koalition als internationaler Akteur übergangen werden kann, was mit der EU und ihrer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ESVP ohnehin geschieht. Dies hat sich in Afghanistan schon im Ansatz gezeigt, es dürfte sich am Golf wiederholen. Damit wären die europäischen Partner der USA als Gruppe ohne gemeinsame Vertretung und ohne gesicherte Möglichkeit gemeinsamer Mitwirkung in wesentlichen Fragen der internationalen Sicherheit außerhalb Europas. Eben dies sollte die gemeinsame Außenpolitik und die ESVP der EU-Partner (inklusive Beitrittskandidaten) vermeiden. Auch die Beteiligung der nicht zur EU zählenden Nato-Partner an ESVP-Krisenaktionen, im wesentlichen der Türkei, wird damit wieder stark relativiert: Wenn weder die Nato als Organisation mit dem Nordatlantikrat als politische Kollegialautorität der Nato-Staaten und dem Alliierten Oberkommando Europa noch die EU mit ihrer ESVP-Organisation und einem eigenen europäischen Befehlshaber von Einsatztruppen zum Zuge kommen, dann bleibt es bei internationalen ad hoc-Koalitionen von Fall zu Fall in einem US-Kontext unter US-Kontrolle. Die Identität des Bündnisses wird dann weder politisch noch militärisch dargestellt, seine eigenständige Mitwirkung und Kontrolle über seine Beiträge zur internationalen Krisenbewältigung werden weder militärisch noch politisch gewahrt. Man kann dies noch in den Konjunktiv setzen und als Hypothese behandeln. Doch ist diese neue Realität schon im Entstehen begriffen. Die Alternative liegt in der Enthaltung der Nato, also in der Passivität des Bündnisses und in der Substitution der Teile für das

Ganze: Der einzelnen Verbündeten, die einer internationalen Koalition beitreten, anstatt der Nato.

Auf der amerikanischen Seite wird die umständliche politische Konsultation, die Washington nicht verweigert aber scheut, als ein Faktor der Komplikation angesehen. Ohnehin wollte man unter keiner Präsidentschaft ein „Europa mit einer Stimme“ als kollektiven europäischen Konsultationspartner in der Nato, zumal Frankreich an seiner Sonderstellung außerhalb des Militärrahmens festhält. Die Nato-Erweiterung wurde auch deshalb in Washington akzeptiert und später sogar forciert, um die Gewichte im europäischen Teil der Allianz neu zu verteilen. Die neuen Nato-Partner, die im April 1999 während des Kosovokrieges beitraten, deren Aufnahme aber schon seit 1997 feststand, Polen, Tschechien und Ungarn, und die 2002 in Prag für die nächste Erweiterung im Jahre 2003 eingeladenen Kandidaten Estland, Lettland, Litauen, Slowakei, Slowenien, Bulgarien und Rumänien werden allgemein als amerikanische Klienten angesehen wie auch solche künftigen Kandidaten wie Kroatien, das wohl als nächstes Land zur Debatte für eine Aufnahme in die Nato stehen wird. Washington könnte sich durch die Nato-Erweiterung, der auch eine EU-Erweiterung entsprechen könnte, die gleichfalls vorgesehen ist, eine neue Bündnisklientel in der Nato und politische Klientel in der EU verschaffen. Damit würden die Gewichte in beiden verändert und es würde im euro-atlantischen System eine neue innere Balance entstehen, auf einer Waage, die in Washington aufgestellt würde. Der Drang in diese Richtung über den Atlantik ist auch in der Ukraine und in Georgien schon seit einiger Zeit spürbar, was sich im ukrainischen Fall in der Andienung von Truppen für US-geführte internationale Krisenbewältigung von Bosnien bis nach Afghanistan und am Golf zeigt.

Die tendenzielle Globalisierung der Nato-Aktivitäten für internationale Krisenbeherrschung bis hin zur militärischen Intervention in anderen Ländern und die Nato-Erweiterung wirken deshalb zusammen für eine strukturelle Veränderung des Bündnisses und der europäischen Sicherheit. Die seit Jahren angestrebte Ausprägung einer „europäischen Identität“ vor allem der „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungs-Identität“, der die ESVP als Instrument dienen soll, wird dadurch von vornherein relativiert und politisch mediatisiert, solange die Nato besteht und das amerikanische Enga-

gement mit der Verankerung von US-Militärpräsenz auf dem europäischen Kontinent hält. Die Folgen des 11. September haben diese Problematik verdeutlicht und die Entwicklung hin zu neuen Strukturen, einem neuen europäischen Gleichgewicht, an dem auch Rußland beteiligt sein wird, und gegen die Politik der europäischen Integration in der EU beschleunigt.

5. Die fünfte Veränderung (die schon mit der neuen US-Strategie vom September 2002 angesprochen wurde) im kritischen Scharnier zwischen Verteidigung, Abschreckung und präventiver Intervention mit militärischer Gewalt aggraviert schon bestehende politische Probleme im Verhältnis zwischen Europa und den USA und für beide gegenüber der Außenwelt, vor allem dem Orient, aber auch im Verhältnis zu Rußland und zu China. In der Allianz nimmt dabei die eurasische Türkei im Mittleren Osten eine strategische Schlüsselstellung ein, die sich in jedem regionalen Konflikt auswirkt, wobei die Türkei weder ein bedingungsloser Verbündeter und strategischer Partner noch ein in sich gefestigter Akteur in internationalen Krisen ist. Dies wird sich auch im Golfkonflikt wieder erweisen.

Das objektive Problem der Krisenbeherrschung von außen, insbesondere durch regionsfremde externe Mächte liegt in der Verbindung zwischen der Destabilisierung überkommener, aber unhaltbar gewordener innerer Verhältnisse in den meisten Staaten des Orients unter dem Druck der globalen Zivilisation und der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und den nationalen, religiös-kulturellen und politischen Widerständen gegen äußere Einwirkungen durch politische Pressionen, Sanktionen und Interventionen. Die Tendenz zur Destabilisierung durch Aufruhr, Umsturz und Sezession, also durch revolutionäre Umstände, in Staats- und Gesellschaftskrisen schafft immer neue innerstaatliche und zwischenstaatliche Konflikte. Die Erhaltung und freie internationale Nutzung wertvoller Ressourcen wie des Erdöls am Golf setzt entweder regionale und innerstaatliche Stabilität oder friedlichen Wandel in der Region voraus. Letzterer braucht mehr Zeit als die Ungeduld der Völker ihm gibt. Intervention zur Krisenbeherrschung ist als Prävention in einer entstehenden Krise oder in einem beginnenden Konflikt das einzige Mittel, das wirken kann. In der Regel aber wird es zu spät angewandt oder nur mit unzureichenden Mitteln. Die europäischen Länder kennen diese Grenzen und Konditionen aus ihrer Geschichte besser als

Amerika. Es bestehen immer nur begrenzte Möglichkeiten und keine fremde Macht kann alles richten und alles beherrschen. Dies ist das Fazit des europäischen Imperialismus und der Kolonialgeschichte. Daher rührt die europäische Skepsis gegen die amerikanischen Konzeptionen für Prävention durch Intervention und politischen Regimewechsel durch Eingriffe von außen. Es ist nicht sicher, wer am Ende Recht behalten wird.

In diesem Dilemma befanden sich Amerika, Europa und andere Mächte wie Rußland, China und Indien schon Jahre vor dem Terroranschlag des 11. September 2001. Doch dieser fokussierte die Probleme der Entscheidung für einen „Krieg gegen den Terror“, den Präsident Bush ausrief. Damit war eine Entwicklung, die seit langem im Gange war, im Zeitraffer durch einen terroristischen Angriff und im Gegenschlag durch einen revolutionären Akt im Bruch mit den konventionellen internationalen Regeln über Krieg und Frieden zu einer fundamentalen Veränderung der Weltpolitik, des Völkerrechts und der internationalen Sicherheit vorangetrieben. Diese Veränderung, die 1999 im Kosovokrieg zum ersten Mal deutlich geworden war, oft von ähnlich großer Bedeutung wie 1991 das Ende der Sowjetunion. Es handelt sich in diesem neuen Fall zwar nicht um eine geopolitische Veränderung obwohl auch diese in Zukunft als Folge des 11. September am Golf nicht ausgeschlossen ist wie in Europa und in Zentralasien, wohl aber um eine strategische und völkerrechtliche Veränderung in der Abwehr von Aggression und in der Prävention von Konflikten wie in der Abschreckung von Drohungen mit Massenvernichtungsmitteln gegen ganze Länder oder Bevölkerungen. Es handelt sich dabei zunächst auch um einen Rückschritt in der internationalen Sicherheitspolitik und in der Durchsetzung des Völkerrechts, das aber den Realitäten nicht mehr entspricht und aus einer anderen Zeit tradiert ist. Der Terror ist dafür kausal wie die Proliferationspolitik gefährlicher Staaten oder Regime wie die der irakischen oder der nordkoreanischen Diktatur.

Doch von größerer Bedeutung in diesem Kontinuitätsbruch der Nachkriegsentwicklung seit 1945 ist die von den USA, zunächst mit Bewilligung seitens der VN und Zustimmung des Nordatlantikrates, seither praktizierte Kombination von dissuasiver und punitiver Gegenschläge auf Länder, mit denen die USA völkerrechtlich nicht im Kriege liegen wie Afgha-

nistan und auch seit 1991 Irak, die weder die USA noch ein anderes Land der Irak nicht seit dem Ende des Golfkrieges 1991 angegriffen oder mit Gewalt bedroht hatten oder im Moment des Terrorangriffs vom 11. September bedrohten. Gegen ein solches Land, insbesondere den möglicherweise noch immer Massenvernichtungsmittel besitzenden Irak, war ein Präventivschlag deshalb nicht eindeutig und zwingend geboten, andererseits aber auch ohne realistische Alternative als vorbeugende Sicherheitsmaßnahme, nachdem die internationalen Inspektionen schon vor 1991 in diesem Fall versagt hatten wie auch in Nordkorea vor Beginn von dessen Atomrüstung 1993, und möglicherweise auch im Iran. Dasselbe gilt entsprechend für Länder wie Afghanistan oder Sudan, die nicht bereit oder auch nicht fähig sind, Terroristen zu unterdrücken oder auszuliefern.

Doch Prävention durch Intervention und vorbeugende militärische Gewaltanwendung gegen fremde Länder im Namen der eigenen nationalen oder der internationalen Sicherheit ist nicht nur im Prinzip unvereinbar mit der VN-Satzung, sondern trägt auch das alte Faustrecht des Stärkeren zurück in die internationalen Beziehungen, nutzt den Krieg auf eigene Initiative mit einer Konzeption der grenzenlos ausgeweiteten Selbstverteidigung als Mittel der eigenen Politik und zwingt die Kriegsfolgen anderen Ländern auf. Auf einer solchen Doktrin kann keine „Weltordnung“ beruhen. Im Falle der neuen US-Strategie der Nationalen Sicherheit vom September 2002, die ein Reflex des 11. September 2001 ist, handelt es sich auch um ein fortgesetztes Programm von Interventionspolitik, denn die Bedrohung lauert in Washingtoner Sicht überall und muß darum auch überall vor Ort bekämpft werden, dadurch, daß – wie Präsident Bush verschiedentlich erklärte – der Kampf zum Feind getragen werden soll. Dies bedeutet globale Offensivstrategie von Fall zu Fall. Es war unvermeidlich, daß sich international dagegen Opposition erheben würde, in Europa wie in Rußland oder in China, natürlich wegen des 11. September und der islamistischen Terroristen wie wegen des Irak im islamischen Orient.

6. Dadurch wurde das Verhältnis der USA zu den VN belastet. Ein Gegensatz tat sich auf, der auch in der gegen die irakische ABC-Waffenrüstung gerichteten Sicherheitsratsresolution 1441 vom 8. November nicht überbrückt, sondern nur vorläufig eingegrenzt werden konnte, der aber deutlich

in der Auslegung bestehen blieb. Präsident Bush erklärte dazu am selben Tag: „My hands are not bound“. Er sah die USA nicht an diesen Beschluss über neue Inspektionen im Irak gebunden. Die VN hatten ihre Chance für einige Zeit, Amerika behielt sich den Eingriff mit Gewalt zur „Entwaffnung“ vor. Die Schlussfolgerung ist klar: Die USA behalten sich das Recht vor, gegen Staaten, in denen sie eine Bedrohung für ihre Sicherheit sehen, in Ausübung ihrer Verteidigung mit militärischer Gewalt vorzugehen.

II. Die Schlussfolgerungen

1. Die atlantische Allianz ist ein gutes Jahr nach dem 11. September im Innern über Sinn und Zweck der internationalen Sicherheitspolitik der Alliierten gespalten.
2. Internationale Koalitionen „of the willing“(Bush) treten außerhalb Europas in den Vordergrund, die Nato kann benutzt werden; Nato-Partner werden als Koalitionsverbündete in Aktion treten ohne Konsens mit anderen Nato-Partnern.
3. Die VN werden im Extremfall marginalisiert und neutralisiert. Ohne eine tiefgreifende Struktur-Reform der VN werden sie in Bushs Worten „irrelevant“.
4. Die EU findet sich mit ihrer erst im Entstehen begriffenen ESVP und Krisenreaktionstruppe in der Gefahr der Irrelevanz und der Marginalisierung für Krisenbeherrschung und Konfliktbeendigung in den schwierigeren Fällen bei größeren Risiken der Friedenssicherung; eine „strategische Autonomie“ im Verhältnis zu den USA ist so fern wie eh und je.
5. Das Verhältnis zwischen Europa und Amerika ist gespannt und latent gefährdet, jedenfalls als „transatlantische Partnerschaft“, jedoch nicht akut bedroht; es bleibt reparabel wie die atlantische Allianz.

Bassam Tibi

Die transatlantischen Beziehungen nach dem 11. September.

Die Herausforderung des djihadistischen Islamismus
und die Dreiecksverbindung: Europa- USA-
islamische Zivilisation*

Die Terroranschläge vom 11. September fanden in New York und Washington statt, waren jedoch von ihren Urhebern als ein Angriff auf die gesamte westliche Zivilisation beabsichtigt. Die von *Djihad*-Terroristen getragene "Revolte gegen den Westen" (Hedley Bull), wird in den Flugschriften der al-Qaida mit der Rechtfertigung legitimiert, dass sie dem gesamten Westen im Sinne einer Bekämpfung als *Millet al-Kufr*/Gemeinschaft der Ungläubigen gelte. In einer vom arabischen Nachrichtensender al-Djazira-Fernsehen ausgestrahlten Rede vom 7. Oktober 2001 prägte Bin Laden für den Westen den Begriff „*al-Kufr al-Alami*/der internationale Unglauben“. Diesem hat er lange vor dem 11. September einen entschiedenen *Djihad*-Krieg erklärt hat; das ist die neue Form des Djihadismus.¹

Philologisch bedeutet *Djihad* im Koran Anstrengung, in der Realität der islamischen Geschichte aber nahm er im Rahmen der islamischen Expansion stets die Gestalt des Eroberungskrieges an. In unserer Gegenwart ist der islamische *Djihad* in der Deutung des Djihadismus zu einem irregulären Krieg des Terrorismus geworden.² Wie wirkt sich dieser Djihadismus auf die transatlantischen Beziehungen aus? Dieser Frage werde ich im Rahmen der Analyse der Dreieckbeziehung Westeuropa-USA-islamische Zivilisation nachgehen. Hierbei formuliere ich zwei zentrale Hypothesen für diese Studie: 1. Der Djihadismus schafft eine Frontlinie zwischen der islami-

* 9. Europa-Kolloquium des Zentrums für Integrationsforschung Prof. Ludger Kühnhardt. Adam-Steigerwald-Haus/ Königswinter 22./ 23. November 2002 (erweiterte Fassung, abgeschlossen Ende Dezember 2002)

schen und der westlichen Zivilisation, 2. Die Dihadisten nutzen transatlantische Spannungen und treiben einen Keil zwischen Europa und die USA.

Das Verhalten der Europäer trägt zum Erfolg dieser Strategie bei und unterminiert die Einheit des Westens. Das ist das Erbe des 11. September 2001 und gehört in den zeithistorischen Kontext der anstehenden Fragestellung.

1. Von Dihad und Kreuzzug zur islamischen Migration in den Westen

Bei der Analyse des 11. Septembers im Kontext des Dihadismus muss der historische Zusammenhang zunächst zum besseren Verständnis dieser Problematik rekonstruiert werden. Dieser lässt sich mit der Feststellung zusammenfassen: Europas Geschichte ist eng mit der Geschichte des Islam im Rahmen der Geopolitik des Mittelmeerraumes verknüpft.³ Zugleich handelt es sich bei diesem Gegenstand um eine Geschichte gegenseitiger Bedrohung, die durch den islamischen *Dihad* als Welteroberungskrieg eingeleitet wurde, auf den dann die ebenso bedrohlichen Kreuzzüge folgten. Allerdings ist die Beziehung beider Zivilisationen auch von Faszination und gegenseitiger Befruchtung charakterisiert.⁴ Historisch gesehen bildete das Mittelmeer Jahrhunderte lang die Grenze zwischen beiden Zivilisationen.⁵ Zuvor und bis zum Aufstieg des Islam im 7. Jahrhundert war das Mittelmeer *mare nostrum* der Römer. Mit den *Dihad*-Eroberungen im 8. Jahrhundert wurde es zu einem islamischen Meer.

Der aktuelle islamische Hass auf die westliche Zivilisation tritt heute in der Form des Antiamerikanismus auf, obwohl die Geschichte der US-amerikanischen Beziehung zum Islam sehr jung ist. Zudem werden von islamischer Seite zwei Epochen der europäischen Geschichte durcheinander gebracht bzw. miteinander vermengt, nämlich das christliche Abendland von Karl dem Großen bis zur Renaissance und der säkulare Westen seit der Renaissance.⁶ Heute bilden Europa und Nordamerika gemeinsam die westliche Zivilisation. Im Zeitalter globaler Migration hat diese Zivilisation durch die Entgrenzung unserer Welt keine klaren Grenzen zur Welt des Islam mehr; sowohl in Europa als auch in Amerika bildet jeweils ein

islamisches Segment einen Bestandteil der Wohnbevölkerung. Hierdurch ist eine enklavenartige islamische Präsenz in der gesamten westlichen Zivilisation entstanden⁷. Der Islam-Forscher John Kelsay beschreibt die Folgen islamischer Migration in den Westen folgendermaßen:

„The traditions we call Western and Islamic can no longer strictly be identified with particular geographic regions The rapidity of Muslim immigration ... suggests that we may soon be forced to speak not simply of Islam *and*, but of Islam *in* the West ... Islamic communities form a sort of sectorian enclave ... in the West, but not of it.“⁸

Fügt man zu diesen Erkenntnissen die Tatsache hinzu, dass die Anschläge vom 11. September innerhalb der westeuropäischen, vornehmlich der deutschen Islam-Diaspora vorbereitet wurden, dann wird klar, wie komplex die anstehende Dreieckbeziehung geworden ist. Generell wird in diesem Zusammenhang eine Debatte über die Grenzen Europas und seiner Identität geführt.

Meine erste Annahme hieß, dass islamistische Djihadisten eine zivilisatorische Grenze zwischen dem Westen und dem Islam ziehen; aus taktischen Gründen bemühen sie sich, eine weitere Grenze innerhalb des Westens zu konstruieren, und zwar zwischen Europa und Nordamerika. Es ist erstaunlich, dass ein prominenter Historiker wie Jürgen Kocka ebenfalls in diese Richtung argumentiert, besonders wenn er in einem einflussreichen Artikel eine nicht nur vom Islam, sondern auch von den USA abgegrenzte europäische Identität unterstellt, indem er schreibt:

„Zwei Referenzregionen sind heute wie früher zentral: Die islamische Welt und das nördliche Amerika. Die ausgeprägte Differenz zwischen Europa und der islamischen Welt ist unübersehbar Die Differenz zu Amerika ist subtiler Die Abgrenzung gegenüber Amerika ist jedoch unabdingbar.“⁹

Sicherlich liegt es einem bedeutenden Historiker wie Kocka sehr fern, das Spiel der Djihadisten mitzumachen, einen Keil zwischen Europa und die USA beim „war on terrorism“ zu treiben. Jedoch zerfällt mit solchen Argumenten die Einheit der westlichen Zivilisation. Dies geschieht besonders in Deutschland. Leider war der Beitrag dieses Landes zur westlichen Frontbildung gegen den *Djihad*-Terrorismus bisher kaum der Rede wert. Ganz im Gegenteil, das Land im Namen der falschen Toleranz bleibt auch

nach dem 11. September eine Ruhezone für Dhjihadisten.¹⁰ *Der Spiegel* berichtet:

„Die Auswertung ... lässt am Ende wohl nur einen Schluss zu: Spielte Deutschland vor den Anschlägen vom 11. September 2001 eine zentrale Rolle bei der Planung und Logistik, so ermöglichten im Frühjahr (2002) wieder Unterstützer aus Deutschland Hunderten al-Qaida-Kämpfern mit illegalen Pässen die Flucht aus Afghanistan.“¹¹

Es besteht zweifelsfrei ein unterschiedlicher Umgang mit den *Djihad*-Terroristen in den USA und in Deutschland. Ist das ein zivilisatorischer Unterschied im Umgang mit den Migranten der Islam-Diaspora im Westen oder ist es das erfolgreiche Keil treiben zwischen die USA und Europa?

Der Harvard-Gelehrte Joe Nye hat vom 11. September mit Recht als von der „Falle“ gesprochen, in die zu tappen die Gefahr einschließt, „den Westen als den Feind des Islam abzustempeln“¹². Das war auch das große Ziel, das Bin Laden verfolgte; er wollte den Westen zu Handlungen provozieren, die mobilisatorische Reaktionen in der Welt des Islam hervorrufen könnten. In der Tat wird der Krieg gegen den Terrorismus heute von vielen Muslimen als Krieg gegen den Islam, also als Kreuzzug angesehen, durch den die Dichotomie „The West and the Rest“¹³ sichtbar wird. Nye bescheinigt Präsident George W. Bush, dass es ihm gelungen sei, nicht in die Falle zu tappen. Dennoch besteht die soeben beschriebene islamische Perception eines "westlichen Kreuzzugs" weiter. Hinzu kommt, dass die anfängliche Solidarität Westeuropas mit dem transatlantischen Partner, der zur eigenen Zivilisation gehört, schon wenige Monate nach dem 11. September ins Wackeln geriet. Ich muss offen sagen: In vielen Fällen habe ich es schwer, zwischen dem Antiamerikanismus mancher Deutscher und dem der Islamisten zu unterscheiden. Die von manchen deutschen Publizisten betriebene Grenzziehung zwischen Europa und den USA trägt zu dieser Schwierigkeit bei. Mit der Zurückweisung dieser Grenzziehung unterschlage ich nicht die unterschiedlichen europäisch-amerikanischen Interessen – z.B. in Bezug auf die Türkei. Diese sind jedoch geopolitisch und nicht zivilisatorisch. Außerdem achte ich darauf, nicht jede Kritik an den USA in die Kategorie des Antiamerikanismus einzuordnen; ich unterscheide strikt zwischen beiden Haltungen.

Es schien so, als wäre es den Islamisten und ihren westlichen Sympathisanten gelungen, einen Keil in die westliche Allianz zu treiben. Als die Irak-Krise mit der amerikanischen Kriegsdrohung entfacht wurde, war das Bündnis mit Hinblick auf eine gemeinsame Irakpolitik bereits zerbrochen. Den USA wird manchmal zu Recht Unilateralismus vorgeworfen. Aber für die Tragödie vom 11. September eine Erklärung in den Strukturen einer der USA unterstellten Globalisierung zu suchen, ist problematisch. Die rationale Relation Ursache/Wirkung wird durch die antiglobalistische Moralisierung im Verhältnis Täter/Opfer in eine Schuldproblematik verwandelt.

Die Täter, also die islamischen Djihadisten, werden als Opfer der von den USA kontrollierten Globalisierung bemitleidet und auf diese Art und Weise wird die Gefahr des internationalen Terrorismus heruntergespielt, während der Westen aus dem eigenen Lager der Täterschaft bezichtigt wird. Bestimmte Europäer übernehmen diese Interpretation und verweisen, sich selbst anklagend darauf, dass die Muslime Opfer des Westens seien. Zum öffentlichen Diskurs in der Welt des Islam gehört eben die Selbstdarstellung als Opfer und somit die Selbstviktimisierung, die in Europa auf offene Ohren stößt. Die europäische Islam-Diaspora agiert in diese Richtung. Zusammenfassend lässt sich zunächst festhalten, dass der antiwestliche Charakter des islamistischen Djihadismus im Westen nicht begriffen wird. Bei der auf den Islamismus übertragenen protestantischen Nächstenliebe in der Form der säkularen Dritte-Welt-Romantik (*tiers mondisme*) wird nicht begriffen, dass Islamisten Neototalitaristen sind, die den Westen und seine Werte vernichten wollen.

2. Deutsch-amerikanische Spannungen im Schatten des 11. Septembers

In diesem Essay möchte ich nicht die von Nye aufgeworfene Problematik Unilateralismus versus Multilateralismus in den transatlantischen Beziehungen in den Mittelpunkt stellen. Deswegen richtet sich mein Fokus nicht auf etwaige Fehler der in Europa als unilateralistisch wahrgenommenen Politik der Bush-Administration. Vielmehr will ich von einander abweichende amerikanische und europäische, vorwiegend deutsche Perzeptionen

des 11. Septembers in der angeführten Dreiecksbeziehung erläutern und zeigen, wie unterschiedlich die Gefährdung durch den Islamismus auf beiden Seiten wahrgenommen wird. Die Schuldfrage und die Selbstviktimisierung der Muslime werden in Europa zum Angelpunkt eines sich entfaltenden Antiamerikanismus, der ungewollt dem Islamismus in die Hände spielt und die erforderliche Legitimation der Politik des transatlantischen Bündnisses gegen den *Djihad*-Terrorismus auf moralischer Ebene und somit an sensibelster Stelle unterminiert. Bei der Analyse werde ich stets die islamische Migration in den Westen¹⁴ vergegenwärtigen und versuchen, die Komplikationen, die daraus entstehen, zu erklären. Schließlich sind die Anschläge vom 11. September in der europäischen Islam-Diaspora vorbereitet worden.

Die deutsch-amerikanische Spannung innerhalb der Konfliktsituation in der Dreiecksbeziehung lässt sich anhand der Veröffentlichung der Erklärung von 60 führenden US-Wissenschaftlern und „opinion leaders“ in der *New York Times* unter dem Titel „What are we fighting for?“¹⁵ sowie der deutschen Reaktion darauf, veranschaulichen. Zu den Unterzeichnern jener Deklaration gehört der Princeton-Gelehrte Michael Walzer, dessen Konzept vom „just war“¹⁶ von den Unterzeichnern als Begründungshilfe für die Legitimation der Politik des „war on terrorism“ dient. Die Reaktion hierauf von westeuropäischen und vor allem deutschen Intellektuellen, die – dies sei nebenbei angemerkt – dieses Dokument häufig nicht gelesen haben, war eine niederschmetternde Ablehnung. Die Kulmination dieser Haltung war, zu verleugnen, was tatsächlich am 11. September geschah. Obwohl es weit hergeholt scheint, bin ich fast geneigt, die von bestimmten Deutschen betriebene Verleugnung des Holocaust formal mit der Verleugnung des 11. Septembers als eine Haltung zu vergleichen. Diese gipfelt in einer Verschwörungstheorie, der zufolge der 11. September als Tat westlicher Geheimdienste zu deuten ist, damit die Amerikaner eine Rechtfertigung für ihre Kriegshandlungen erhalten konnten. *Der Spiegel* berichtet von dieser Haltung und von einem Buch eines deutschen Autors dieses Genres von Verschwörungsliteratur, das zum deutschen Bestseller wurde¹⁷. Aus dieser Einstellung geht keine sachliche Kritik an den USA, sondern ein deutlich aggressiver Antiamerikanismus hervor, der weit verbreitet ist. Dabei ent-

steht der Eindruck, der deutsche „Gutmensch“ sehe in den islamischen Gotteskriegern – als vermeintlichen Opfern – die Verbündeten gegen den Unterdrücker USA. Bei dieser Fehlwahrnehmung werden in der Dreiecksbeziehung USA-Europa-Islam die Trennlinien zwischen den antiwestlichen Islamisten sowie jenen antiwestlichen Deutschen verwischt.

Zu den hellen – von diesem Verschwörungsdenken freien – Köpfen Deutschlands gehört die Publizistin Cora Stephan, die die vorhandenen weltanschaulichen Unterschiede zwischen Europäern und Amerikanern beleuchtet, obwohl sie erkennt, dass beide zu derselben westlichen Zivilisation gehören. Cora Stephan schreibt, besonders in Bezug auf deutsche Intellektuelle:

„Die Missverständnisse zwischen deutscher und amerikanischer Perspektive bei der Debatte um ein mögliches Vorgehen gegen Saddam Hussein sind auch weltanschaulicher ... Art. Was Dichter und Denker hierzulande unmittelbar nach dem 11. September verlautbarten, reichte von beschränkt bis skandalös.“¹⁸

Diese weltanschaulichen Unterschiede tragen zu einer heftigen transatlantischen Spannung bei. Während in den USA die Legitimation des „war on terrorism“ Gültigkeit besitzt, wird von manchen Europäern eine Legitimation des Terrors als Widerstand gegen den Westen anerkannt. Unter westlichen Globalisierungsgegnern ist dies verbreitet. Islamisten erheben sich jedoch nicht, weil sie unterdrückt werden; vielmehr wollen sie die westliche Zivilisation als Ausdruck des „Kufr/Unglauben“ vernichten; dies geben sie auch in ihren Verlautbarungen unverblümt zu. Der Unterschied zwischen der amerikanischen und der europäischen Position ist also der zwischen Selbsterhaltung und Selbstaufgabe. Das ist die Wandlung bei der postmodernen deutschen Intelligenz vom Extrem der Euroarroganz hin zu dem der Selbstverleugnung¹⁹.

Den Islamisten sowie al-Qaida gelingt es, einen Keil zwischen die Europäer und die USA zu treiben. Der Mechanismus funktioniert so, wie ich es am Beispiel der Warnungen vor neuen Angriffen durch die Bin Laden-Connection im Oktober 2002 erläutert habe. Das al-Djazira-Fernsehen hat den Ton der Stimme Bin Ladens mit folgender Warnung gesendet, die in

Die transatlantischen Beziehungen nach dem 11. September

Newsweek mit der Cover-Story "As you kill you will be killed: Osama Bin Laden Returns" abgedruckt ist. Bin Laden warnt die Europäer:

“Your governments have allied with the United States and have bombed us in Afghanistan.”

Als Verbündete führt er Großbritannien, Frankreich, Italien und schließlich auch Deutschland an. Nach *Newsweek* wird diese Warnung an die Europäer von Sicherheitsanalytikern wie folgt gedeutet:

„Bin Laden is hoping to create fears among the US-allies and to bolster the European anti-war movement causing a rift between the United States and its friends.“²⁰

Auf diese Weise spielen viele Europäer der sogenannten Friedensbewegung ungewollt in die Hände des *Djihad*-Terrorismus. Hierbei habe ich Schwierigkeiten zu erkennen, ob diese Europäer eher die USA oder den antiwestlichen Terrorismus verurteilen!!

In dieser auch emotional hoch angespannten Dreiecksbeziehung ist es erstaunlich, wie die Dinge verdreht werden. Johan Galtung etwa sieht bei einer Tagung in Wien die Fundamentalisten nicht in al-Qaida, sondern in der Bush-Administration. Der Arafat nahe stehende prominente Palästinenser Walid al-Khalidi, der Verbindungen nach Oxford und Harvard hat, vertritt eine ähnliche Sicht und prangerte bei einer arabischen Preisverleihung durch ALESCO (das arabische Pendant zur UNESCO), die seltsamerweise in London und nicht in einem arabischen Land stattfand, die in Washington regierenden „christlichen Fundamentalisten“, die im Nahen Osten einen „Kreuzzug“ durchführten, an. Diese arabischen Verschwörungspantasien²¹ finden Applaus in Europa und dies schadet der transatlantischen Allianz. Auch in Deutschland hat diese Denkweise (vgl. Anm. 17) Hochkonjunktur.

Es trägt zur Klärung der deutsch-amerikanischen Spannung bei, die Worte des indischstämmigen Nobelpreisträgers für Literatur V.S. Naipaul über europäische Intellektuelle zu zitieren, die die Schuld für den 11. September beim Westen suchen; er meint, dass die westliche Zivilisation hierdurch geschwächt wird. Naipaul spricht vom „Geschwätz an den Universitäten“. Leider findet man dieses Geschwätz selbst bei Jürgen Habermas in seiner

„Frankfurter Rede“. Dieser meint, der Krieg gegen den Terrorismus sei „Vergeltung“, und der Westen müsse nachgeben, „sonst wird der Westen auch nur als Kreuzritter ... erscheinen.“²² V.S. Naipaul beklagt die Tatsache, dass die antiwestlichen Westler, besonders die Europäer unter ihnen „sich für integer halten, weil sie die Fehler immer zuerst bei sich selber suchen. ... Selbstkritik zu betreiben ist viel leichter als den irrationalen Hass der Gegenseite zu verstehen“²³.

In Deutschland werden diese Selbstanklagen von einer Moralisierung begleitet, die von der kulturprotestantischen Gesinnungsethik überwuchert ist. Von islamistischer Seite wird diese Haltung als Schuldeingeständnis des Westens wahrgenommen, um sich vom Vorwurf des Terrorismus freizusprechen und somit die Strategie des „to turn the table on the West“ zu verfolgen. Die Funktionäre der europäischen Islam-Diaspora, in deren „Nischen“ der 11. September vorbereitet wurde, präsentieren ihre Gemeinde als Opfer des Westens. Das Klischee vom „Feindbild Islam“²⁴, (vergleichbar mit dem Vorwurf des Antikommunismus im Zeitalter des Kalten Krieges) wird von Islamisten und ihren westlichen Verbündeten reaktiviert und instrumentalisiert. Der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime in Deutschland, der Saudi-Araber Nadeem Elyas, klagt über die Fahndung nach Terroristen, wenn er lamentiert: „Die Leute werden nachts aus den Betten geholt.“²⁵ Meine Frage lautet: Darf der demokratische Staat sich nicht wehren?

Statt dialogisch einen Prozess der „conflict resolution“ einzuleiten, wurde der Dialog mit dem Islam zum Rahmen der Anklage gegen den Westen und zum verlogenen Spiel mit der Opferrolle, die ich Selbstviktimisierung nenne. Mir dieser Einstellung in der Islam-Diaspora geht der deutsche Antiamerikanismus einher. Bundeskanzler Schröder konnte die Bundestagswahl durch das Ansprechen dieser Haltung gewinnen. Der *Zeit*-Herausgeber Josef Joffe beklagte den „vercodeten Antiamerikanismus“ von Gerhard Schröder. Daraus sind die bekannten deutsch-amerikanischen Spannungen hervorgetreten. Manche Deutsche gehen so weit, dass sie sogar den demokratischen Charakter der USA als westlichen Bündnispartners bestreiten. Es wird auch eine Diskriminierung der dortigen Islam-Diaspora unterstellt. Dies ist schlichtweg falsch. Wenn ich die deutsche Islam-Diaspora mit der

in den USA vergleiche, stelle ich fest, dass die Muslime in den USA weit integrierter in die dortige Gesellschaft sind, als die Muslime in Deutschland.

Zur Diskussion der Störungen in den transatlantischen Beziehungen möchte ich anführen, dass mir bei mehreren Aufenthalten in den USA nach dem 11. September 2001 ein Unterschied im Umgang mit der Islam-Diaspora im Vergleich zu Deutschland besonders stark auffiel. Obwohl die muslimische Bevölkerung dort beinahe doppelt so groß ist wie hier – also fast 7 Millionen im Gegensatz zu 3,6 Millionen in Deutschland – habe ich in den USA vernehmen können, dass es dort – trotz aller streng gehüteten Regeln der Political Correctness – leichter ist, offen über Muslime im Westen zu sprechen. Seit der mit dem 11. September verbundenen Zeitenwende stellt die amerikanische Gesellschaft Forderungen an die Muslime, zu denen eine höhere Identifikation mit dem amerikanischen Gemeinwesen und klare Positionen in Bezug auf den politischen Islam und seinen *Djihad*-Terrorismus gehören. Die Mehrheit der amerikanischen Muslime geht kühl und sachlich auf diese Forderungen ein, obwohl es hier und da von beiden Seiten Ausrutscher gibt – diese sind aber nicht die Regel. In Deutschland betreiben die Islamfunktionäre ein Doppelspiel, das der Islamexperte der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Udo Ulfkotte so beschrieben hat:

„... es scheint in Europa nicht ein Land zu geben, in dem nicht zumindest einige hohe Würdenträger Kontakte in das Terrornetz unterhalten Man mutmaßt, dass manche von ihnen inzwischen eine Doppelstrategie verfolgen: Einerseits dem christlich-muslimischen Dialog in Europa das Wort zu reden und zugleich hinter geschlossenen Türen auch jene logistische Unterstützung zu gewähren, die mit Gewalt überall in der Welt rein islamische Gesellschaftsordnungen herbei bomben möchte.“²⁶

Was tun in dieser Situation? In den USA wird eine solche Doppelstrategie nicht toleriert und Verdächtige werden ohne Rücksicht auf ihren Status rechtsstaatlich verfolgt; in Deutschland wird dagegen der „verlogene Dialog“²⁷ mit dem Islam unbeirrt fortgesetzt. Selbst der aufgeklärte Journalist Ulfkotte, der die Observierung im Verdacht stehender islamischer Würdenträger anerkennt, empfiehlt den deutschen Behörden „aus Gründen der inneren Sicherheit diese (aus taktischen Gründen/B.T.) wohl zu dementieren.“ Seine Furcht bezieht sich auf folgendes:

„Strafverfahren gegen bekannte muslimische Repräsentanten bergen die Gefahr eines Stimmungsumschwungs unter gesetzestreuen Muslimen, die in einem solchen Vorgehen einen Affront gegen den Islam sehen.“²⁸

Daran sehen wir: Hier besteht ein großer Unterschied zwischen Deutschland und den USA im Umgang mit den Gefahren, die vom Islamismus ausgehen.

3. Der islamistische Terrorismus und die deutsche Wahrnehmung

Halten wir fest: In Deutschland herrscht in Bezug auf den *Djihad*-Terrorismus ein anderer Diskussionsstil. Es besteht ein großer Bedarf, offene Debatten über islamische Zuwanderung nach Deutschland und über die Islam-Diaspora nach dem 11. September zu führen; diese bleiben jedoch aus.²⁹ Tabus und Selbstzensur ermuntern die Vertreter des organisierten Islam in Deutschland nach anfänglichem Schweigen zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001 nur wenige Monate später zur Offensive überzugehen. Dies geschieht, indem sie sich selbst als Opfer darstellen, und davon ausgehend in teils aggressiver Weise unzutreffende Vorwürfe über eine angeblich zunehmende Diskriminierung und das propagandistisch unterstellte „Feindbild Islam“ (vgl. Anm. 24) zum Zweck der Camouflage instrumentalisieren. Anstatt offen und sachlich über den Islam und den Islamismus in der deutschen Islam-Diaspora im Lichte der Ereignisse des 11. Septembers zu reden, wird eine Opferrolle der Muslime unterstellt, die sich bei näherem Hinsehen als teils perzeptuelle, teils offen propagandistisch als eine konstruierte Selbstviktimisierung erweist. Die entsprechenden muslimischen Ankläger stellen sich selbst als Opfer dar und nehmen eine Rolle ein, in der sie sich sehr zu gefallen scheinen, weil sie auf dieser Basis instrumentell vorgehen und Forderungen stellen können. Das ist eine Umkehrung der Lage; es sind die Diaspora-Muslime, die nach dem 11. September eine Anfeindung des Islam unterstellen. Dies geschieht in einer Situation, in der ganz Deutschland vom Dialog mit dem Islam spricht.

Warum wird die reale Gefahr des internationalen islamistischen Terrorismus nach den Ereignissen des 11. September in Deutschland eher herunter-

gespielt oder gar verleugnet, obwohl deutsche Sicherheitsbehörden uns diese mit harten Fakten stets vor Augen führen? Zudem stellt sich die wichtigste Frage, warum die deutsche Intelligenz auf der Seite der Front der islamischen Selbstviktimisierung gegen die USA steht? Manche mögen folgende Überlegung vortragen: „Warum soll Deutschland für den Schutz der USA vor dem Islamismus gerade stehen, obwohl dieser uns selber nicht bedroht?“ Generalbundesanwalt Kay Nehm beklagte auf einem Treffen von Terrorismus-Experten, dass in Deutschland kein Bewusstsein von der Bedrohung, die aus dem Islamismus hervorgeht, existiere; er führte dort laut einem Bericht der Zeitung *Die Welt* aus, dass dieses fehlende Bewusstsein der Sachlage sowie das mangelnde Wissen über den Terrorismus den Umgang mit diesen Gefahren erheblich erschwert.³⁰

Einige Monate nach den zitierten Äußerungen von Kay Nehm wurden folgende Informationen von Nachrichtendiensten veröffentlicht:

„Es gibt ein Potential an islamistischen Kämpfern, das Deutschland als Verbreitungsraum für weitere Anschläge nutzt. ... Eine neue Strategie der Terrororganisation al-Qaida von Osama Bin Laden macht die Bedrohung noch unberechenbarer und zielt auch auf Deutschland. ... Das Bedrohungsszenario zeigt im Telegrammstil auf: Bedrohung auch durch mehr oder weniger autonome Kleingruppen. ... Erstmals erfolgt auch explizit die Nennung Deutschlands.“³¹

Die Presse berichtete, dass diese nachrichtendienstlichen Erkenntnisse auch Bundesinnenminister Otto Schily vorliegen. Nach dem soeben zitierten Bericht sagte auf einer BKA-Tagung: „Der islamistische Terrorismus hat in jüngster Zeit weiter zugenommen.“³²

Dennoch warnte der Bundesinnenminister lediglich davor „in Panik zu verfallen“ (ebd.) anstatt vor der Gefahr an sich zu warnen. Ist das angemessen? Besteht der deutsche Beitrag zum transatlantischen „standing“ gegen den islamistischen Terrorismus in einer Beruhigung der Gemüter?

Die angeführten Fakten, die sich auf den Winter 2002 beziehen, müssen in den übergeordneten Kontext des 11. September eingeordnet werden. In Bezug hierauf halten wir die Fakten fest: Vom BKA und vom FBI wurde eindeutig nachgewiesen, dass die, als „Kriegserklärung gegen den kreuzzügle-
rischen Westen/*al-Gharb al-Salibi*“ motivierte Terror-Handlung in der deutschen Islam-Diaspora auf allen Ebenen vorbereitet wurde. Auf der BKA-

Tagung über den islamistischen Terrorismus vom November 2001 (vgl. Anm. 2) wurden hierfür eindeutige Beweise vorgelegt. In der Fachliteratur hat sich diesbezüglich der Begriff „Hamburger Zelle“³³ eingebürgert. Es fällt stark auf, dass eine sachliche Diskussion über diese Problematik von den Vertretern des organisierten Islam verhindert wird. Von diesen Personen hören wir nur die falsche Behauptung, die Terroristen von New York und Washington hätten mit dem Islam überhaupt nichts zu tun. Selbst der als „gemäßigt“ apostrophierte AKP-Islamist Abdullah Gül sagte in seinem ersten internationalen, dem *Spiegel* gewährten Interview:

„Wir sollten uns hüten, die Anschläge vom 11. September als religiöse Handlungen zu deuten.“³⁴

Nun hat der Islamismus auf deutschem Territorium seine logistische Basis gefunden. In der Sache müssen wir zwischen dem gemäßigten und dem djihadistischen Islamismus unterscheiden. Leider bekommen Islamfunktionäre in Deutschland, unter denen sich auch viele Islamisten beider Richtungen befinden, Rückendeckung von vielen deutschen Islamkundlern, die Philologen sind. Dies geschieht dadurch, dass die zitierten Behauptungen der Islamisten von diesen „Fachleuten“ bestätigt werden. Nun ist die Philologie der Texte aber anders als die Realität. Auf einer Tagung einer der führenden evangelischen Akademien waren sich fromme Protestanten und andere Gesinnungsethiker darin einig, dass es keinen Terrorismus gebe, dies sei nur eine Erfindung, um das „Feinbild Islam“ zu rechtfertigen. Da habe ich nichts zu kommentieren.

In Deutschland erweist sich der Kulturprotestantismus, der seinerseits die kulturelle Denkweise selbst von bestimmten deutschen Atheisten prägt, als eines der größten Hindernisse bei der Entwicklung eines angemessenen Bewusstseins von der Bedrohung durch den *Djihad*-Terrorismus der Islamisten. Die kulturprotestantische Weltanschauung beeinflusst negativ die Wahrnehmung des *Djihad*-Terrorismus.

Jenseits der sogenannten deutschen „Islamexperten“ und Kulturprotestanten können wir zwei deutsche Extreme feststellen: Auf der einen Seite geraten die Muslime als Migranten zunächst unter Generalverdacht und dabei entsteht ein beängstigendes Islambild. Die Islamisten basteln hieraus eine Falle für den Westen, wie Nye argumentiert, um ihn in einen Krieg gegen

den Islam zu locken, wobei Muslime auf dieser Basis der „fault lines“ gegen den Westen mobilisiert werden können. Auf der anderen Seite aber stoßen wir auf den deutschen „Gutmenschen“, der das Übel nur bei sich selber sucht und sich kaum vorstellen kann, dass unter den von ihm „geheiligten“ Fremden auch Terroristen sein könnten. Dieser Gutmensch koppelt den Terrorismus von der Islam-Diaspora ab, um die heute nicht mehr zu verdrängende Unterscheidung zwischen „guten“ und „schlechten“ Muslimen zu verbieten. Zu den Lehren des 11. Septembers gehört, dass es nun erlaubt sein muss, zwischen demokratischen und fundamentalistischen und damit antidemokratisch orientierten Muslimen –also zwischen Glaubens-Muslimen und Islamisten – zu unterscheiden.

Generell gesprochen: Die Differenzierung zwischen Islam und Islamismus muss zur transatlantischen Politik gehören. Ein zugleich wacher und vorurteilsfreier Mensch jenseits der angeführten beiden Extreme muss angesichts der eingangs angeführten Fakten für eine offene Debatte über die deutsche Islam-Diaspora im Zuwanderungsland Deutschland eintreten. Leider fehlt diese Differenzierung in Deutschland, wo die verordnete deutsche Fremdenliebe³⁴ zur Rückendeckung für die Gotteskrieger gegen die USA avanciert. Der deutsche Kulturprotestantismus ist eine weltfromme Weltanschauung, die den Deutschen nicht nur den Weg versperrt, die Probleme ihrer Gesellschaft zu verstehen; sie macht es ihnen schwer, ihre internationale Umwelt zu erkennen.

4. Die deutsche Diskussion: Gesinnungen ersetzen Fakten

Der Islam in Europa und Amerika gehört heute angesichts der globalen Migration in der beschriebenen Dreiecksbeziehung zu den transatlantischen Beziehungen. Deutschland steht nicht allein für sich auf dieser Welt; es gehört in diesen Kontext. Die notwendige Diskussion über ein friedliches Miteinander mit der deutschen Islam-Diaspora und den US-Verbündeten muss entsprechend eingeordnet werden. Hierbei gilt es von den Fakten, nicht von den auf Gesinnungen bezogenen Anschauungen auszugehen. Dies bedeutet zu wissen, wie sich die deutsche Islam-Diaspora zusammen-

setzt und wie sie sich zum Westen und dessen Zivilisation verhält. Weiterhin müssen wir offen die Frage stellen, ob muslimische Migranten bereit sind, durch Integration ein Teil des säkularen Gemeinwesens zu werden.

Zunächst sind die Fakten zu nennen: Wie schon angeführt, leben in Deutschland etwa 3,6 Millionen Muslime. In Deutschland wurden früher Islam und Türkei gleichgesetzt; ein Wandel hat seit den neunziger Jahren stattgefunden, so dass heute nur etwa zwei Drittel der hier lebenden Muslime Türken und Kurden sind. Ein weiteres Drittel kommt vorwiegend aus dem arabischen Mittelmeerraum. Diese Migranten stammen aus einer Vielfalt islamischer Kulturen, die auf der Ebene der Weltanschauung eine einheitliche Zivilisation bilden. Die Aufgabe, islamische Migranten in das deutsch-europäische Gemeinwesen zu integrieren, gehört zu den Aufgaben der Gestaltung des inneren Friedens im Zeitalter der globalen Migration.

In Deutschland muss man endlich damit aufhören, die Integration der Muslime mit der Aufnahme der Türkei in die EU gleichzusetzen. Nicht alle Muslime sind Türken. Nach dem Schock vom 11. September wird nicht nur deutlich, wie wenig die Menschen in diesem Lande über die Parallelität von Einheit und Vielfalt im Islam wissen, sondern auch, dass die viel beschworene Integration nicht stattgefunden hat. Ich spreche von der „Lebenslüge Integration“, weil diese bisher gescheitert ist³⁵. Das neue deutsche Zuwanderungsgesetz reduziert die Problematik der Integration auf das Angebot von Sprachkursen. Mohammed Atta sprach fließend Deutsch und war trotzdem nicht integriert. Dies müssen wir uns stets vor Augen führen und fragen, warum muslimische Migranten in den USA weit integrierter als in Europa, vor allem als in Deutschland sind.

Ein Problem der Deutschen ist, dass sie zu wenig über den Islam wissen. An diesem Wissensmangel krankt die dringend benötigte Debatte. Die kulturell vielfältige und zivilisatorisch einheitliche islamische *Umma* (universelle Islam-Gemeinde) spiegelt sich in der deutschen Islam-Diaspora wider.³⁶ Um diese besser zu verstehen, müssen wir über Geschichte und Gegenwart des Islam Bescheid wissen. Denn die islamischen Zuwanderer bringen ihre kulturellen Auffassungen, die in der islamischen Geschichte verankert sind, mit nach Deutschland. Diese Problematik ist besonders

wichtig für die Diskussion des „neuen Kalten Krieges“ im Rahmen einer Politik gegen den Fundamentalismus. Mark Juergensmeier hat den Begriff „New Cold War“³⁷ für den Wettbewerb säkularer und fundamentalistischer Ordnungsvorstellungen geprägt. In diesem Zusammenhang rede ich von der fundamentalistischen Ordnungsvorstellung als Gefahr sowohl für den inneren, als auch für den Weltfrieden.³⁸ Das ist heute ein entscheidender Gesichtspunkt bei jeder transatlantischen Sicherheitspolitik. Amerikanische Sicherheitsexperten beklagen sich über Europa als Rekrutierungsfeld islamischer Terroristen.³⁹

Wir müssen uns vor zwei Extremen hüten: Erstens, die islamische Zivilisation und ihre Geschichte im Ruch des zeithistorischen islamischen Fundamentalismus und seines terroristischen Zweiges zu sehen und zweitens, der Behauptung zu folgen, der *Djihad*-Terrorismus habe nichts mit dem Islam zu tun. Nun haben die Hintergründe der Tat der islamischen Terroristen von New York und Washington allerdings stark historische Bezüge, die im Zusammenhang des Verhältnisses von Islam und Westen stehen; diese unerfreuliche Erscheinung steht also nicht jenseits oder abseits der westlich-islamischen Geschichte. Die Täter vom 11. September waren arabische Islamisten, die ihr Vorgehen in der deutschen Islam-Diaspora planten und ihre Aktion als eine Tat des islamischen Neo-*Djihad* verstanden. Drei der Terrorpiloten kamen direkt aus Deutschland.

Geschichtlich besteht eine Spannung zwischen Europa und der Welt des Islam, die mit den Begriffen Kreuzzug und *Djihad* zusammengefasst werden kann. Die Geschichtsbilder des Terror-Islamismus lassen sich als „Invention of Tradition“ deuten. So erfolgt der Rekurs auf die Tradition als ein Neo-*Djihad*.⁴⁰ In dieses Spannungsverhältnis waren die von Deutschland aus agierenden Islamisten nach ihrem Selbstverständnis insofern eingebunden, als sie keine bedeutungslosen irgeleiteten Einzelpersonen waren und mit ihrem Neo-*Djihad* willentlich zur Aktualisierung der angeführten Tradition beigetragen haben. Wir müssen die Implikationen dieser Zusammenhänge für die gemeinsame Gestaltung einer besseren Zukunft zwischen den Zivilisationen tabufrei ansprechen. Weder dürfen wir die Geschichte von Kreuzzug und *Djihad* verdrängen oder gar wegreden noch einen Generalverdacht gegen Muslime hegen. Es gilt, beide angeführten Extreme zu

meiden, gleichzeitig aber keine Anklagen und kein Spiel mit der Opferrolle auf islamischer Seite zuzulassen. Wird die beschriebene Sachlage in Europa, besonders in Deutschland entsprechend wahrgenommen? Auch hier steht die in den Mittelpunkt dieser Abhandlung gestellte Dreiecksbeziehung an, in die Deutschland eingebunden ist.

5. Westliche Werte, die transatlantische Sicherheitspolitik und die Stellung der europäischen Islam-Diaspora

Nicht nur die westliche Solidarität mit Amerika und mit den Opfern des Terrorismus, sondern auch weitergehende, auf westliche Werte bezogene Überlegungen müssen die Diskussion über die Folgen der Ereignisse des 11. September prägen. Hinzu kommen innerwestliche Sicherheitsaspekte. *Newsweek* hat in ihrer Ausgabe vom 5. November die Frage folgendermaßen formuliert: „Warum lieben islamische Terroristen Europa?“ Die Frage wird dann auf Deutschland eingeeengt, also auf das Land, das im Namen der Schandtaten seiner Vergangenheit heute eine Toleranz praktiziert, die „das Intolerable toleriert“, wie die Formel im Titel der *Newsweek* lautete⁴¹. Zuvor bezeichnete die *New York Times* Deutschland als "safe haven/Freiraum" für arabische Terroristen⁴². Alice Schwarzer hat in diesem Zusammenhang kürzlich das bemerkenswerte Buch „Gotteskrieger und die falsche Toleranz“⁴³ vorgelegt, in dem diese Diskussion nun von deutscher Seite geführt wird. Nur durch eine solche, von Alice Schwarzer angestrebte Debatte über den Zusammenhang von Fundamentalismus und transatlantischer Sicherheitspolitik⁴⁴ im Kontext der Islam-Diaspora, können wir einen Generalverdacht gegen Muslime verhindern, ohne dabei die innerhalb der deutschen Islam-Diaspora agierenden Islamisten zu ignorieren. Anklagen, Opferrolle und Schuldzuweisungen dürfen ihnen nicht als Camouflage dienen. Der Antiamerikanismus⁴⁵ in Europa wird durch diese falsche Wahrnehmung gespeist und er unterminiert sowohl die Geltung westlicher Werte als auch die Wirkung transatlantischer Sicherheitspolitik.

Klar ist, dass wir aus der Perspektive des Neo-Djihad-Anschlages vom 11. September gegen die westliche Zivilisation vieles völlig neu bewerten müs-

sen, um beurteilen zu können, wie wir die Probleme in Zukunft lösen können. Bezüglich der in Deutschland lebenden Muslime können wir die sicher notwendige Frage der Öffnung des Islam nicht getrennt von der Problematik der Vereinbarkeit von westlicher Demokratie und Islam anvisieren. Denn eben diese Vereinbarkeit ist die Grundvoraussetzung für ein friedliches Miteinander, um der Bin-Laden-Falle, der Polarisierung als „*trap*“ (Joe Nye) zu entkommen. Durch Einbeziehung der Muslime in ein demokratisches Gemeinwesen, in dem sie mit den westlichen Bürgern in Europa und den USA die Werte der Demokratie teilen, ist ein auf Integration bezogener Dialog mit der Islam-Diaspora sinnvoll. Integration ist die beste Sicherheitspolitik. Beide – Muslime und Europäer – haben dabei eine Bringeschuld.

Der Westen und der Islam sind zwei unterschiedlichen Zivilisationen, die eindeutig keine gemeinsame Werteorientierung teilen, dennoch aber mittels einer „kulturübergreifenden Moralität“⁴⁶ einen Wertekonsens bilden können. Dies ist eine Herausforderung, auf die wir etwa in der deutschen Islam-Diaspora zwei völlig verschiedene Antworten erhalten:

Die erste Antwort kommt von den Islamisten, also von jenen Muslimen, die die Religion des Islam durch Politisierung in eine antiwestliche Ideologie des Islamismus als einer auf Religion basierenden Ordnungsvorstellung verwandeln. Sie lautet in einem Satz zusammengefasst: „Die Muslime haben ihre eigene Leitkultur und sie weisen europäische Werte zurück; sie gelten für Muslime nicht!“ Dieser religiöse Fundamentalismus wurde unter anderen von dem geistigen Vater des Islamismus, Abu al-A'la al-Maududi geprägt, der meines Wissens von in Deutschland lebenden Islamisten regelmäßig in bestimmten Moscheevereinen gelesen wird.⁴⁷ Maududi predigt für die Muslime:

"Ich sage es Euch Muslimen in aller Offenheit, dass die säkulare Demokratie in jeder Hinsicht im Widerspruch zu Eurer Religion und zu Eurem Glauben steht ... Der Islam, an den Ihr glaubt und nach dem Ihr Euch Muslime nennt, unterscheidet sich von diesem hässlichen System total Selbst in Bagatell-Angelegenheiten kann es keine Übereinstimmung zwischen Islam und Demokratie geben, weil sie sich diametral widersprechen. Dort, wo das politische System der Demokratie und des säkularen Nationalstaates dominiert, gibt es keinen Islam. Dort, wo der Islam vorherrscht, darf es jenes System nicht geben."⁴⁸

Nach der Präsentation dieser klar formulierten Position frage ich: Darf man in Deutschland solche demokratiefeindlichen Ansichten unter dem Deckmantel der Toleranz und Religionsfreiheit gewähren lassen? Die Alternative zu dieser falschen Toleranz wäre folgende Doppelstrategie: Eine demokratische Erziehung der in Deutschland lebenden Muslime und eine offensive Verteidigung westlicher Werte.⁴⁹

Die zweite Antwort auf die anstehende Herausforderung kommt von den Reform-Muslimen. Diese lautet: Islam und Demokratie können bei entsprechender Interpretation vereinbar gemacht werden. Dies setzt aber einen Reform-Islam voraus. Die entsprechende Interpretation muss gezielt von der deutschen Zivilgesellschaft gefördert werden. Ich habe diese Option in meiner Arbeit im Rahmen eines Projektes „Islam and the Changing Identity of Europe“ am Center for European Studies der University of California, Berkeley formuliert. In diesem Projekt wurde die Herausforderung offen untersucht. Die Projektergebnisse erschienen als Buch unter dem Titel „*Muslim Europe or Euro-Islam?*“⁵⁰ In diesem Buchtitel werden die einander widersprechenden Optionen für die Zukunft Europas formuliert.

Das angeführte Projekt mag von Praktikern als zu akademisch abqualifiziert werden. Doch ist diese Problematik ein „policy issue“. Die Kulturinstitute der EU haben am 19./20. September 2002 unter dem Motto „Penser l'Europe“ eine große Veranstaltung über den „Islam in Europa“ durchgeführt⁵¹, auf der zwei Visionen des Islam vorgestellt wurden:

1. Ein Islam im Sinne von *Djihad* und *Schari'a*.
2. Ein auf Laizität basierender Islam.

Der in Genf lehrende Islamist Tariq Ramadan (sein Großvater war 1928 in Kairo der Begründer der ersten fundamentalistischen Bewegung im Islam, der Bewegung der Muslim-Bruderschaft⁵²), hat die erste Option präsentiert und vertreten; die zweite wurde von dem aufgeklärten Imam der Moschee von Paris Dalil Boubakir verteidigt.⁵³

Im 21. Jahrhundert gehört der Islam in Europa auch in die Thematik der transatlantischen Allianz. Dabei müssen wir zwischen demokratiefeindlichen – also rechtsradikalen – Muslimen und friedlichen Muslimen unter-

scheiden. Solche Differenzierungen galten vor dem 11. September 2001 als politisch inkorrekt und waren daher nicht zulässig; wer sie auszusprechen wagte, riskierte die Anschuldigung, das Entstehen eines „Feindbild Islam“, ja gar Fremdenfeindlichkeit zu fördern. Selbst die Zugehörigkeit zum Islam schützte nicht vor diesen Vorwürfen.

In Europa besteht Bedarf nach einer Europäisierung der Islam-Diaspora. Einen Beitrag in diese Richtung habe ich als Reform-Muslim bereits 1992 in Paris mit dem Konzept des „Euro-Islam“ als eine Alternative zum Islamismus präsentiert.⁵⁴ Hierbei geht es um Aufklärung und Offenheit, aber auch um die Sicherheit des demokratischen Systems in Europa. Um dies zu realisieren, benötigen wir in Zukunft folgende transatlantische Doppelstrategie: Toleranz gegenüber dem offenen europäischen Islam; wehrhafte Demokratie gegenüber dem Islamismus. Eine Kenntnis des Islam und seiner Geschichte⁵⁵, die erst die benötigten Differenzierungen ermöglicht, gehört ebenfalls zu dieser Strategie.

6. Resümee und Konklusion: Westliche Werte, transatlantische Allianz und die Abwehr des Jihad-Terrorismus

Wenn wir über die Problematik „Islam und der Westen im Lichte des 11. Septembers“ sprechen, dürfen wir nicht über die entstehenden Wertekonflikte schweigen. Auch hier ist die klischeehafte Vorstellung des *Kampfes der Kulturen* als Hindernis vorhanden. Ich denke, dies ist eine falsche Formel. Die beiden Urheber der Diskussion, Samuel Huntington in seinem Buch „Clash of Civilizations“ (1996) und dieser Autor in dem Buch „Krieg der Zivilisationen“ (1995), sprechen von Wertekonflikten, die die Form eines weltanschaulichen Zusammenpralls der Zivilisationen annehmen⁵⁶. Weder Huntington noch ich reden von einem „Kampf der Kulturen“ und diese Formel gehört auch nicht zu unserem Sprachgebrauch.

Die Gemeinsamkeit zwischen Huntington und mir besteht darin, dass wir beide Zivilisationskonflikte in der Weltpolitik erkennen; aber anders als Huntington trete ich entschieden für den Kulturdialog ein. Hierbei geht es

darum, über Wertekonflikte zwischen Muslimen und Europäern zu sprechen und das Ziel zu verfolgen, sich auf einen minimalen Wertekonsens zu einigen. Denn es gehört zu den unbestreitbaren Tatsachen, dass Menschen aus unterschiedlichen Zivilisationen nicht dieselben Werte verinnerlicht haben. Ich argumentiere, dass der Islam eine einheitliche Zivilisation – ebenso wie der Westen – ist; beide sind jedoch in zahlreiche Lokalkulturen unterteilt. Wenn wir uns mit den Grundlagen der islamischen Zivilisation befassen, erkennen wir, dass es eine islamische Weltanschauung gibt, die von allen Muslimen vertreten wird, und diese steht nicht im Einklang mit den westlichen Werten. Deshalb entsteht bei jeder Interaktion ein weltanschaulicher Zivilisationskonflikt zwischen dem Islam und dem Westen; dieser muss in die Dreieckbeziehung USA-Europa-Islam eingeordnet werden. Der 11. September zeigt, dass Islamisten die westliche Zivilisation zu Recht als Einheit sehen. Die USA und Europa gehören dazu. Es wäre verfehlt, amerikanisch-europäische Differenzen zu verleugnen oder gar wegzureden. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die USA und Europa nicht zur selben westlichen, also auch säkularen Zivilisation gehören. Es dient nur den *Djihad*-Islamisten, wenn die auf der Zugehörigkeit zur selben westlichen Zivilisation basierende transatlantische Allianz unterminiert wird. Ich nehme Abstand von Oriana Fallacis Verteidigung Europas gegen den Islam, hätte ihr jedoch zugestimmt, wenn sie zwischen Islam und Islamismus unterschieden hätte. Sie hat jedoch Recht, wenn sie behauptet, dass Europa in der Auseinandersetzung mit dem Islam ohne Amerika nicht überleben kann. Fallaci schreibt:

"Amerika ist ja weit weg, sagen sie. Zwischen Europa und Amerika liegt ein Ozean. Oh nein, meine Lieben, ihr irrt euch: Es ist nur ein Tropfen. Denn wenn das Schicksal des Westens auf dem Spiel steht, dann ist das Überleben unserer Zivilisation in Gefahr. Amerika sind wir Wenn Amerika zusammenbricht, bricht Europa zusammen, bricht der Westen zusammen, brechen wir zusammen."⁵⁷

Es ist blind und töricht zu behaupten, dass es zwischen der westlichen und der islamischen Weltanschauung weder Unterschiede noch Konflikte gäbe. Der Vorwurf, dass man zum "Kampf der Kulturen" beitrage, wenn man über diese Thematik spricht, so z.B. Bundeskanzler Schröder⁵⁸, ist verleumderisch und geht an der Sache vorbei. Deutsche Kulturprotestanten,

unter denen– wie bereits angemerkt – viele Atheisten anzutreffen sind, pflegen diese Einstellung, die die Wirklichkeit übersieht, die eben dem genauen Gegenteil dieser Ideologie entspricht.

Im Rückblick auf den 11. September im Kontext der transatlantischen Beziehungen müssen wir in der Dreiecksbeziehung das Vorhandensein von zentralen kulturellen Differenzen feststellen. Um diese besser bewältigen und auch angemessen mit ihnen umgehen zu können, wird ein Dialog sowohl innerwestlich als auch mit dem Islam geführt werden müssen. Dieser Dialog muss strategisch in die transatlantischen Beziehungen eingeordnet werden und auch die deutsche Islam-Diaspora miteinbeziehen. Nun stellt sich die Frage:

Worüber soll man im Dialog reden? Natürlich über einen Brückenschlag zwischen den Zivilisationen, der die Möglichkeit, Konflikte friedlich auszutragen, einschließt. Dies erfordert jedoch, über die Probleme zu sprechen. Die benötigte Toleranz gegenüber dem Islam darf weder bedingungslos noch wertebeliebig sein. Die Werte der Demokratie und die Trennung von Religion und Politik als europäische Leitkultur dürfen im Dialog nicht zur Disposition stehen. Ist das nicht gewährleistet, können die ersehnten Brücken auch nicht geschlagen werden. Toleranz und Dialog bedeuten keine Selbstaufgabe; zur *Djihad*-Islamisierung muss man eindeutig „Nein“ sagen!!

Diese Analyse abschließend wiederhole ich in bezug auf unser Thema, dass wir die Unterscheidung zwischen dem Islam als begrenzt toleranter Religion und der zeitgenössischen totalitären Ideologie des Islamismus bei jeder Beschäftigung mit der Islam-Diaspora in diesem Lande nie aus den Augen verlieren dürfen. Das Ziel ist, die islamischen Migranten in den Westen einzubeziehen; deshalb müssen wir über Probleme und Lösungen sprechen. Dies erfordert informiert zu sein, denn andernfalls bleibt es nur bei der Zusage des guten Willens und gutgemeinten Lippenbekenntnissen. Nicht nur Muslime, sondern auch Deutsche haben eine Bringschuld. Erfolgt dies nicht, bleibt es bei den Schuldzuweisungen auf islamischer und Selbstbezüglichungen auf deutscher Seite. Nun ist Selbstbezüglichung keine rein deutsche Spezialität. Auch andere Europäer, die die Weltanschauung des

Kulturprotestantismus teilen, klagen sich an; sogar in manchen katholischen Ländern Europas finden wir solche Positionen, wenngleich es eine Eigenart des Kulturprotestantismus ist, die Ursache aller Konflikte und des Elends der Welt in Europa zu sehen. Die Kulturprotestanten begreifen nicht, dass dies nur die islamischen Fundamentalisten stärkt. Selbst der britische Außenminister Straw, der nicht wie die deutschen Protestanten denkt, sieht in einem Interview mit dem *New Statesman*:

„Viele Probleme, mit denen wir uns heute auseinandersetzen müssen, sind eine Konsequenz unserer Kolonialvergangenheit. ... Das ist eine schlimme Geschichte für uns.“⁵⁹

Das ist die Schuldfrage, mit der man die heutige Weltpolitik nicht erklären kann. Der *Djihad*-Islamismus ist kein Kolonialprodukt. Der *Djihad* ist älter als die europäische Geschichte. Der indischstämmige Literaturnobelpreisträger Naipaul versteht diese Dinge besser und er sagt, dass sich der Westen durch solche Verdrehungen selbst schwäche:

„Der Westen ist nur dann schwach, wenn er diese Gefahr (Schwäche der Demokratie/B.T.) nicht sieht – und in den letzten Jahren hat er diese Gefahr nicht gesehen. Das ist der Einfluss der Universitäten, des törichtigen Verständnisses, das dort gepredigt wird.“⁶⁰

Im Ergebnis nimmt der „verlogene Dialog“⁶¹ zwischen dem Westen und dem Islam die Form der Selbstbezeichnung und Schuldzuweisungen an. Muslime fühlen sich dem Westen moralisch überlegen.

Generell haben wir die Option, den bisher verlogenen Dialog fortzusetzen oder einen konstruktiven Dialog anzustreben. In diesem Essay habe ich eine doppelte Thematik angesprochen. Erstens, Deutschland und die USA im transatlantischen Rahmen und zweitens Europa und der Islam im Kontext des Friedens zwischen den Zivilisationen. Auf die Deutschen bezogen müssen wir fordern, dass diese über das islamistische Spiel mit der Opferrolle aufzuklären sind; sie sollten dies nicht länger dulden und aufhören, sich gegen Amerika zu wenden. Jene Deutschen, die die Palästinenser ausnützen, um ihrem Antisemitismus freien Lauf zu lassen, sind mit denen vergleichbar, welche die Unterdrückung der Muslime durch Amerika anprangern, um ihren Antiamerikanismus zu legitimieren. In der Dreiecksbeziehung USA-Europa-Islam benötigen wir seriöse dialogische Anstrengungen, nicht diese verurteilenswerten Handlungen, die dem Frieden abträglich

sind. Nun sind angesichts des *Djihad*-Terrorismus Sicherheitsfragen und Konfliktlösungsmuster Problembereiche, die entschieden zum westlich-islamischen Dialog gehören sollten. Die bisherigen Formen des christlich-islamischen Dialogs – nach dem Muster „Selig sind die Belogenen“⁶² – erfüllen diese Aufgabe nicht. Deutschland darf keine Sonderwege gehen und kann seine befleckte Vergangenheit nur in einem westeuropäischen Kontext bewältigen. Erweitert zu einer Dreieckbeziehung wird es möglich sein, sich tolerant gegenüber dem Islam zu öffnen, die westliche Zivilisation gegen den islamistischen *Djihad*-Terrorismus zu verteidigen und die 1949 begonnene Verwestlichung Deutschlands voranzutreiben. Der Aufruf des deutschen Bundeskanzlers zu einem „deutschen Weg“ hat allen Deutschen in ihrem Ansehen in der Welt sehr geschadet. In den transatlantischen Beziehungen geht es nicht um Deutschland, sondern um die Zukunft der westlichen Zivilisation.⁶³

Anmerkungen:

- 1 Hierzu Yossef Bodansky, *Bin Laden. The Man who Declared War on America*, Rocklin California 1999, (danach mehrmals nachgedruckt), vgl. ferner Anm. 33 unten.
- 2 Zum Djihadismus vgl. mein BKA-Paper, enthalten in: Bundeskriminalamt (Hg.), *Fundamentalismus und die Quellen des Terrorismus im politischen Islam*, Neuwied 2002, S. 93-110, sowie mein ETH-Paper "Djihad-Terrorismus" enthalten in: Kurt Spillmann und Andreas Wenger (Hg.), *Zeitgeschichtliche Hintergründe aktuelle Konflikte*, Bd. IX, Zürich 2002, S. 13-44.
- 3 Diese Geschichte ist enthalten in: B. Tibi, *Kreuzzug und Djihad. Der Islam und die christliche Welt*, München 1999 (Goldmann-Taschenbuchausgabe 2002), darin zum *Djihad* Kapitel I, zur Entstehung Europas als Antwort auf die islamische Expansion in Kapitel II, zu den Kreuzzügen III. Diese Studie entstand in Harvard/WCFIA im Rahmen der Bosch-Fellowship 1998-2000 und ist beiden Institutionen gewidmet.
- 4 Hierzu Kapitel V meiner in Anm. 3 nachgewiesenen Arbeit.
- 5 Zentral ist die Arbeit von Fernand Braudel, *The Mediterranean and the Mediterranean World in the Age of Philip II*, 2 Bände, Berkeley 1996.
- 6 Zu dieser Unterscheidung: B. Tibi, *Kreuzzug und Djihad* (wie Anm. 3), Kapitel II und IV zum Westen. Ferner: David Gress, *From Plato to NATO. The Idea of the West and its Opponents*, New York 1998. Das Standardwerk ist der Klassiker William McNeill, *The Rise of the West*, (zuerst 1963), mehrfacher Neudruck.
- 7 Zu den USA die Arbeiten von Jane I. Smith, *Islam in America*, New York 1999. Zu Europa die beiden Bände von P.S. van Koningsveld und W.A.R. Shadid (Hg.), *Muslims in the Margin. Political Responses to the Presence of Islam in Western Europe*, Kampen/Niederlande 1996, sowie dieselben, *Political Par-*

ticipations and Identities of Muslims in non-Muslim States, Kampen/Niederlande 1997 zu Europa; beide Bände gingen aus einem Projekt an der Universität Leiden über islamische Migranten nach Europa hervor.

- 8 John Kelsay, *Islam and War*, Louisville/Kentucky 1993, S. 117f.
- 9 Jürgen Kocka, "Wo liegst du Europa? Die Identität des Kontinents", in: *Die Zeit* vom 28. November 2002, S. 11.
- 10 Zu dieser Thematik siehe Kapitel VI in B. Tibi, *Die fundamentalistische Herausforderung*, 3. völlig neu geschriebene und erweiterte Ausgabe, München 2002, S. 184-214.
- 11 Holger Stark, "Die Hunde hören mit", in: *Der Spiegel* vom 25. November 2002, Heft 48, S. 46.
- 12 Joe Nye, Amerika darf nicht alleine stehen, in: *Die Welt* vom 9. November 2002, Beilage "Die diplomatische Welt".
- 13 Roger Scruton, *The West and the Rest. Globalization and the Terrorist Threat*, Wilmington/Delaware 2002, hier besonders Kapitel "Jihad", S. 85-124.
- 14 B. Tibi, *Islamische Zuwanderung. Die gescheiterte Integration*, (zwei Auflagen in 2002) München 2002 und zuvor Gilles Kepel, *Allah im Westen. Die Demokratie und die islamische Herausforderung*, München 1996.
- 15 Deutsche Übersetzung: "Wofür kämpfen wir", in der *Neue Zürcher Zeitung* vom 23./24. Februar 2002, S. 7.
- 16 Michael Walzer, *Just and Unjust Wars. A Moral Argument with Historical Illustrations*, New York 1977.
- 17 Hierzu der Bericht von Ulrich Fichtner, "Die September-Lüge. Spinner? Aufklärer? Unbelehrbare? Verschwörungstheoretiker ...", in: *Der Spiegel* vom 14. Oktober 2002, Heft 42, S. 76-81.
- 18 Cora Stephan, "Manche Feinde wünschen unseren Untergang", in: *Handelsblatt* vom 12. September 2002, S. 8.

- 19 Diese Extreme werden dargestellt in der Einleitung zu meinem Buch: *Europa ohne Identität? Leitkultur oder Wertebeliebigkeit* (zuerst 1998), Neuausgabe 2002, S. 33-58.
- 20 *Newsweek* vom 25. November 2002, S. 31.
- 21 B. Tibi, *Die Verschwörung. Das Trauma arabischer Politik*, 2. erweiterte Auflage Hamburg 1994.
- 22 Jürgen Habermas, "Glauben und Wissen", Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels", *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. Oktober 2002.
- 23 Interview mit V.S. Naipaul in: *Die Welt* vom 17. August 2002, Beilage "Die Literarische Welt".
- 24 Zur "Feindbild-Islam-Diskussion" vgl. die erhellende Analyse von S. Kohlhammer, *Die Freunde und die Feinde des Islam*, Göttingen 1996, S. 7-82.
- 25 "Die Leute werden nachts aus den Betten geholt", Interview mit Nadeem Elyas in: *Der Tagesspiegel* vom 16. Oktober 2001, S. 5.
- 26 Udo Ulfkotte, "In Europa geraten Repräsentanten muslimischer Verbände ins Visier der Fahnder", in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 27. November 2002, S. 14.
- 27 Hierzu kritisch B. Tibi, "Selig sind die Belogenen. Der Dialog mit dem Islam beruht auf Täuschungen und westlichem Wunschdenken", in: *Die Zeit* vom 29. Mai 2002, S. 9, sowie ders., "Das verlogene Spiel mit der Opferrolle", in: *Die Welt* vom 17. August 2002, S. 23.
- 28 Ulfkotte wie Anm. 26.
- 29 Mein Buch *Islamische Zuwanderung* über diese Thematik (Beleg in Anm. 14) wurde nach dem Erscheinen 2002 zweimal verlegt, ohne dass die auflagenstarken Zeitungen es rezensierten. Grund: Es bricht Tabus, daher die Reaktion durch die publizierte Öffentlichkeit "off limits".

- 30 Nehm zitiert nach dem Bericht von Jacques Schuster, "Terroranschläge in Deutschland wahrscheinlich", in: *Die Welt* vom 8. Juli 2002, S. 6.
- 31 Zitiert nach Jochen Kummer, "Bin Laden. Spinnennetz des Terrors", *Welt am Sonntag* vom 24. November 2002, S. 6.
- 32 Schily zitiert nach Kummer (Anm. 31).
- 33 Zur Hamburger Zelle vgl. Jane Corbin, *Al-Qaeda. The Terror Network that Threatens the World*, New York 2002, S. 142-151, sowie Rohan Gunaratna, *Inside al-Qaeda. Global Network of Terror*, New York 2002, S. 129-131.
- 34 "Ein Gewinn für Europa", Interview mit Abdullah Gül, in: *Der Spiegel* vom 11. November 2002, Heft 46, S. 214.
- 35 B. Tibi, "Deutsche verordnete Fremdenliebe", in: Alice Schwarzer (Hg.), *Gotteskrieger und die falsche Toleranz*, Köln 2002, S. 105-120.
- 36 Vgl. meinen Artikel "Lebenslüge Integration" in: *Die Welt am Sonntag* vom 9. September 2001 sowie mein Buch *Islamische Zuwanderung. Die gescheiterte Integration* (wie Anm. 14).
- 37 Vgl. Ursula Spuler-Stegemann, *Muslimen in Deutschland. Informationen und Klärungen*, Freiburg/Br. 2002 (überarbeitete Neuausgabe, zuerst 1997) und B. Tibi, *Islam und Deutschland. Muslime in Deutschland*, Stuttgart München 2000.
- 38 Vgl. Mark Juergensmeier, *New Cold War?: Religious Nationalism Confronts the Secular State*, Berkeley 1993.
- 39 B. Tibi, *Fundamentalismus im Islam. Eine Gefahr für den Weltfrieden?*, erweiterte 3. Auflage Darmstadt 2002. Kapitel VI über die Schari'a und die fundamentalistische Vorstellung von politischer Ordnung.
- 40 Vgl. den Aufsatz von Michael Radu, "Terrorism after the Cold War", in: *Orbis*, Band 46 (2002) Heft 2, S. 275-287.

- 41 Hierzu B. Tibi, *Kreuzzug und Djihad* (Anm. 3), Kapitel VIII über den Neo-Djihad.
- 42 Stefan Theil, "Tolerating the Intolerable", in: *Newsweek* vom 5. November 2001, S. 46-48, im Special-Issue-Heft "Why do Islamic Terrorists like Europe?"
- 43 Vgl. den *New York Times*-Artikel von Steven Erlanger, Extremists Found Safe Haven in the Liberal and Open Germany, *New York Times* vom 6./7. Oktober 2001, S. 3 und Kapitel VI in B. Tibi, *Die fundamentalistische Herausforderung* (Anm. 10).
- 44 Vgl. hierüber den in Anm. 35 nachgewiesenen Sammelband von Alice Schwarzer.
- 45 Hierzu B. Tibi, "Islamism, National and International Security after September 11", in: Günther Baechler und Andreas Wenger (Hg.), *Conflict and Cooperation. The Individual between Ideal and Reality*, Festschrift für Prof. Kurt Spillmann, Zürich 2002, S. 127-152, sowie das Kapitel über Sicherheitspolitik in meinem Buch *Fundamentalismus im Islam* (Anm. 39).
- 46 Vgl. Dan Diner, *Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments*, Berlin 2002, besonders S. 163ff.
- 47 B. Tibi, "International Morality and Cross-Cultural Bridging ", in: Roman Herzog/Henrik Schmiegelow (Hg.), *Preventing the Clash of Civilizations: A Strategy for Peace in the Twenty-First Century*, New York 1999, S. 107-126.
- 48 Über die Abu al-A'la Maududi-Lektüre z.B. in der britischen Islam-Diaspora berichtet Gilles Kepel, *Allah im Westen* (Anm. 14), S. 190ff.
- 49 Abu al-A'la al-Maududi, *al-Islam wa al-Madaniyya al-Haditha*, Neudruck Kairo o.J., S. 41-42.
- 50 Hierzu B. Tibi, *Europa ohne Identität? Die Krise der multikulturellen Gesellschaft*, München 1998, Kapitel VI über europäische Toleranz.

- 51 Nezar AlSayyad und Manuel Castells (Hg.), *Muslim Europe or Euro-Islam? Politics, Culture and Citizenship in the Age of Globalization*, Berkeley, New York 2002. Darin mein Kapitel über "Euro-Islam", S. 31-52.
- 52 Ich fasse diese Debatte zusammen in meinem N.Z.Z.-Artikel, Die Islamisten sind die Nutznießer der westlichen Beliebigkeit, in: *Neue Zürcher Zeitung* am Sonntag vom 20. Oktober 2002, S. 23.
- 53 Hierzu Richard Mitchell, *The Society of the Muslim Brothers*, Oxford 1969.
- 54 Zu den Mordversuchen der Islamisten an Boubakir vgl. B. Tibi, *Europa ohne Identität?*(Anm. 50), S. 347-349.
- 55 B. Tibi, "Zwischen Euro-Islam oder Ghetto-Islam", in der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 7. Dezember 1992, sowie ders., "Les conditions d'un Euro-Islam", in: Robert Bistolfi und François Zabbal (Hg.), *Islams d'Europe: Intégration ou Insertion Communautaire?*, Paris 1995, S. 230-234. Die neueste Formulierung meines Euro-Islam-Konzepts ist in Kapitel XII der völlig neu geschriebenen und auf 622 Seiten erweiterten Neuausgabe meines Buches, *Im Schatten Allahs. Der Islam und die Menschenrechte*, München 2003, enthalten.
- 56 Vgl. Anm. 3 sowie B. Tibi, *Einladung in die islamische Geschichte*, Darmstadt 2001.
- 57 Samuel P. Huntington, *The Clash of Civilizations*, New York 1996, und zuvor B. Tibi, *Krieg der Zivilisationen*, Hamburg 1995, erweiterte Neuausgabe München 1998, (Neuausgabe 2002 mit einem Vorwort zum 11. September). Bereits 1998 habe ich Kapitel VII über die Huntington-Debatte zur 2. Auflage hinzugefügt.
- 58 Oriana Fallaci, *Die Wut und der Stolz*, München 2002, S. 82.
- 59 Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder hat im Rahmen der Debatte über Türkei-EU in der Sitzung des Bundestages vom 19. Dezember vom "Kampf der Kulturen" gesprochen, offensichtlich ohne zu bedenken, worüber er spricht. Vgl. den Bericht

"Schröder warnt die Union vor dem Kampf der Kulturen", in: *Die Welt* vom 20. Dezember 2002. Frontpage und ebenso der Leitartikel von Johann M. Möller, "Viel Kampf, wenig Kultur".

- 60 Zitiert nach: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, "Straw: Empire schuld an Konflikten" vom 16. November 2002, S. 7.
- 61 V.S. Naipaul, Interview in: *Die Welt*, (Anm. 23).
- 62 Vgl. Jochen Bölsche, "Der verlogene Dialog", in: *Der Spiegel* vom 17. Dezember 2001, Ausgabe 44, S. 56.
- 63 B. Tibi, "Selig sind die Belogenen" (Anm. 27).
- 64 Klassisch zu dieser Frage ist die Arbeit des Welthistorikers Arnold Toynbee, *Die Zukunft des Westens*, München 1964 und das in neuem Lichte lesenswerte Buch von James Burnham, *Begeht der Westen Selbstmord? Ein Versuch über Bedeutung und Zukunft des Liberalismus*, Düsseldorf und Wien 1965.

ZEI DISCUSSION PAPER: Bisher erschienen / Already published:

- C 1 (1998) Frank Ronge (Hrsg.)
Die baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union
- C 2 (1998) Gabor Erdödy
Die Problematik der europäischen Orientierung Ungarns
- C 3 (1998) Stephan Kux
Zwischen Isolation und autonomer Anpassung: Die Schweiz im integrationspolitischen Abseits?
- C 4 (1998) Guido Lenzi
The WEU between NATO and EU
- C 5 (1998) Andreas Beierwaltes
Sprachenvielfalt in der EU – Grenze einer Demokratisierung Europas?
- C 6 (1998) Jerzy Buzek
Poland's Future in a United Europe
- C 7 (1998) Doug Henderson
The British Presidency of the EU and British European Policy
- C 8 (1998) Simon Upton
Europe and Globalisation on the Threshold of the 21st Century.
A New Zealand Perspective
- C 9 (1998) Thanos Veremis
Greece, the Balkans and the European Union
- C 10 (1998) Zoran Djindjic
Serbiens Zukunft in Europa
- C 11 (1998) Marcus Höreth
The Trilemma of Legitimacy. Multilevel Governance in the EU and the Problem of Democracy
- C 12 (1998) Saadollah Ghaussy
Japan and the European Union
- C 13 (1998) Walter Schweidler
Bioethische Konflikte und ihre politische Regelung in Europa
- C 14 (1998) Wolfgang Ischinger
Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Amsterdam
- C 15 (1998) Kant K. Bhargava
EU – SAARC: Comparisons and Prospects of Cooperation
- C 16 (1998) Anthony J. Nicholls
Die deutsch-britischen Beziehungen: Ein hoffnungsloser Fall?
- C 17 (1998) Nikolaj Petersen
The Danish Referendum on the Treaty of Amsterdam
- C 18 (1998) Aschot L. Manutscharjan
Der Konflikt um Berg-Karabach: Grundproblematik und Lösungsperspektiven
- C 19 (1998) Stefan Fröhlich
Der Ausbau der europäischen Verteidigungsidentität zwischen WEU und NATO
- C 20 (1998) Tönis Lukas
Estland auf dem Weg aus der totalitären Vergangenheit zurück nach Europa
- C 21 (1998) Wim F. van Eekelen
Perspektiven der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU
- C 22 (1998) Ludger Kühnhardt
Europa in den Kräftefeldern des 21. Jahrhunderts.
- C 23 (1998) Marco Bifulco
In Search of an Identity for Europe
- C 24 (1998) Zbigniew Czachór
Ist Polen reif für die Europäische Union?
- C 25 (1998) Avi Primor
Der Friedensprozeß im Nahen Osten und die Rolle der Europäischen Union
- C 26 (1998) Igor Leshoukov
Beyond Satisfaction: Russia's Perspectives on European Integration
- C 27 (1998) Dirk Rohtus
Die belgische „Nationalitätenfrage“ als Herausforderung für Europa

- C 28 (1998) Jürgen Rüttgers
Europa – Erbe und Auftrag
- C 29 (1999) Murat T. Laumulin
Die EU als Modell für die zentralasiatische Integration?
- C 30 (1999) Valdas Adamkus
Europe as Unfinished Business: The Role of Lithuania
in the 21st Century's Continent
- C 31 (1999) Ivo Samson
Der widerspruchsvolle Weg der Slowakei in die EU.
- C 32 (1999) Rudolf Hrbek / Jean-Paul Picaper / Arto Mansala
Deutschland und Europa. Positionen, Perzeptionen, Perspektiven
- C 33 (1999) Dietrich von Kyaw
Prioritäten der deutschen EU-Präsidentschaft unter Berücksichtigung des
Europäischen Rates in Wien
- C 34 (1999) Hagen Schulze
Die Identität Europas und die Wiederkehr der Antike
- C 35 (1999) Günter Verheugen
Germany and the EU Council Presidency
- C 36 (1999) Friedbert Pflüger
Europas globale Verantwortung – Die Selbstbehauptung der alten Welt
- C 37 (1999) José María Gil-Robles
Der Vertrag von Amsterdam: Herausforderung für die Europäische Union
- C 38 (1999) Peter Wittschorek
Präsidentenwahlen in Kasachstan 1999
- C 39 (1999) Anatolij Ponomarenko
Die europäische Orientierung der Ukraine
- C 40 (1999) Eduard Kukan
The Slovak Republic on its Way into the European Union
- C 41 (1999) Ludger Kühnhardt
Europa auf der Suche nach einer neuen geistigen Gestalt
- C 42 (1999) Simon Green
Ausländer, Einbürgerung und Integration: Zukunftsperspektive der
europäischen Unionsbürgerschaft?
- C 43 (1999) Ljerka Mintas Hodak
Activities of the Government of the Republic of Croatia in the Process of
European Integration
- C 44 (1999) Wolfgang Schäuble
Unsere Verantwortung für Europa
- C 45 (1999) Eric Richard Staal
European Monetary Union: The German Political-Economic Trilemma
- C 46 (1999) Marek J. Siemek
Demokratie und Philosophie
- C 47 (1999) Ioannis Kasoulides
Cyprus and its Accession to the European Union
- C 48 (1999) Wolfgang Clement
Perspektiven nordrhein-westfälischer Europapolitik
- C 49 (1999) Volker Steinkamp
Die Europa-Debatte deutscher und französischer Intellektueller nach dem
Ersten Weltkrieg
- C 50 (1999) Daniel Tarschys
50 Jahre Europarat
- C 51 (1999) Marcin Zaborowski
Poland, Germany and EU Enlargement
- C 52 (1999) Romain Kirt
Kleinstaat und Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung
- C 53 (1999) Ludger Kühnhardt
Die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens

- C 54 (1999) Lothar Rühl
Conditions and options for an autonomous „Common European Policy on Security and Defence“ in and by the European Union in the post-Amsterdam perspective opened at Cologne in June 1999
- C 55 (1999) Marcus Wenig (Hrsg.)
Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Europa am Beispiel Deutschland - Slowakei
- C 56 (1999) Rafael Biermann
The Stability Pact for South Eastern Europe - potential, problems and perspectives
- C 57 (1999) Eva Slivková
Slovakia's Response on the Regular Report from the European Commission on Progress towards Accession
- C 58 (1999) Marcus Wenig (Ed.)
A Pledge for an Early Opening of EU-Accession Negotiations
- C 59 (1999) Ivo Sanader
Croatia's Course of Action to Achieve EU Membership
- C 60 (2000) Ludger Kühnhardt
Europas Identität und die Kraft des Christentums
- C 61 (2000) Kai Hafez
The West and Islam in the Mass Media
- C 62 (2000) Sylvie Goulard
Französische Europapolitik und öffentliche Debatte in Frankreich
- C 63 (2000) Elizabeth Meehan
Citizenship and the European Union
- C 64 (2000) Günter Joetze
The European Security Landscape after Kosovo
- C 65 (2000) Lutz Rathenow
Vom DDR-Bürger zum EU-Bürger
- C 66 (2000) Panos Kazakos
Stabilisierung ohne Reform
- C 67 (2000) Marten van Heuven
Where will NATO be ten years from now ?
- C 68 (2000) Carlo Masala
Die Euro-Mediterrane Partnerschaft
- C 69 (2000) Weltachsen 2000/World Axes 2000. A documentation
- C 70 (2000) Gert Maichel
Mittel-/Osteuropa: Warum engagieren sich deutsche Unternehmen?
- C 71 (2000) Marcus Wenig (Hrsg.)
Die Bürgergesellschaft als ein Motor der europäischen Integration
- C 72 (2000) Ludger Kühnhardt/Henri Ménudier/Janusz Reiter
Das Weimarer Dreieck
- C 73 (2000) Ramiro Xavier Vera-Fluixa
Regionalbildungsansätze in Lateinamerika und ihr Vergleich mit der Europäischen Union
- C 74 (2000) Xuewu Gu (Hrsg.)
Europa und Asien: Chancen für einen interkulturellen Dialog?
- C 75 (2000) Stephen C. Calleya
Is the Barcelona Process working?
- C 76 (2000) Ákos Kengyel
The EU's Regional Policy and its extension to the new members
- C 77 (2000) Gudmundur H. Frimannsson
Civic Education in Europe: Some General Principles
- C 78 (2000) Marcus Höreth
Stille Revolution im Namen des Rechts?
- C 79 (2000) Franz-Joseph Meiers
Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) oder Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP)?

- C 80 (2000) Gennady Fedorov
Kaliningrad Alternatives Today
- C 81 (2001) Ann Mettler
From Junior Partner to Global Player: The New Transatlantic Agenda and Joint Action Plan
- C 82 (2001) Emil Minchev
Southeastern Europe at the beginning of the 21st century
- C 83 (2001) Lothar Rühl
Structures, possibilities and limits of European crisis reaction forces for conflict prevention and resolution
- C 84 (2001) Viviane Reding
Die Rolle der EG bei der Entwicklung Europas von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft
- C 85 (2001) Ludger Kühnhardt
Towards Europe 2007. Identity, Institution–Building and the Constitution of Europe
- C 86 (2001) Janusz Bugajski
Facing the Future: The Balkans to the Year 2010
- C 87 (2001) Frank Ronge / Susannah Simon (eds.)
Multiculturalism and Ethnic Minorities in Europe
- C 88 (2001) Ralf Elm
Notwendigkeit, Aufgaben und Ansätze einer interkulturellen Philosophie
- C 89 (2001) Tapio Raunio / Matti Wiberg
The Big Leap to the West: The Impact of EU on the Finnish Political System
- C 90 (2001) Valérie Guérin-Sendelbach (Hrsg.)
Interkulturelle Kommunikation in der deutsch-französischen Wirtschaftskooperation
- C 91 (2001) Jörg Monar
EU Justice and Home Affairs and the Eastward Enlargement: The Challenge of Diversity and EU Instruments and Strategies
- C 92 (2001) Michael Gehler
Finis Neutralität? Historische und politische Aspekte im europäischen Vergleich: Irland, Finnland, Schweden, Schweiz und Österreich
- C 93 (2001) Georg Michels
Europa im Kopf – Von Bildern, Klischees und Konflikten
- C 94 (2001) Marcus Höreth
The European Commission's White Paper Governance: A 'Tool-Kit' for closing the legitimacy gap of EU policymaking?
- C 95 (2001) Jürgen Rüländ
ASEAN and the European Union: A Bumpy Interregional Relationship
- C 96 (2001) Bo Bjurulf
How did Sweden Manage the European Union?
- C 97 (2001) Biomedizin und Menschenwürde.
Stellungnahmen von Ulrich Eibach, Santiago Ewig, Sabina Laetitia Kowalewski, Volker Herzog, Gerhard Höver, Thomas Sören Hoffmann und Ludger Kühnhardt
- C 98 (2002) Lutz Käppel
Das Modernitätspotential der alten Sprachen und ihre Bedeutung für die Identität Europas
- C 99 (2002) Vaira Vike-Freiberga
Republik Lettland und das Land Nordrhein-Westfalen – Partner in einem vereinten Europa
- C 100 (2002) Janusz Musial
Periodische Arbeitsmigration aus Polen (Raum Opatów) nach Deutschland. Ein Testfall für die Erwerbswanderungen nach der Osterweiterung?
- C 101 (2002) Felix Maier (Hrsg.)
Managing asymmetric interdependencies within the Euro-Mediterranean Partnership.
- C 102 (2002) Hendrik Vos
The Belgian Presidency and the post-Nice process after Laeken
- C 103 (2002) Helmut Kohl
Der EURO und die Zukunft Europas

- C 104 (2002) Ludger Kühnhardt
The Lakes of Europe
- C 105 (2002) Katharina von Schnurbein
Der tschechische EU-Beitritt: Politischer Prozeß wider die öffentliche Meinung
- C 106 (2002) Andrew Dennison
Shades of Multilateralism. U.S. Perspectives on Europe's Role in the War on Terrorism
- C 107 (2002) Boris Hajoš et.al.
The Future of the European Integration Process: Ideas and Concepts of Candidate Countries
- C 108 (2002) Hans von der Groeben
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 109 (2002) Emil Mintchev /Klaus Bünger
A Sustained Economic Revival in Kosovo. Need for a Liberal Concept
- C 110 (2002) Michael Lochmann
Die Türkei im Spannungsfeld zwischen Schwarzmeer-Kooperation und Europäischer Union
- C 111 (2002) Indra de Soysa / Peter Zervakis (eds.)
Does Culture Matter? The Relevance of Culture in Politics and Governance in the Euro-Mediterranean Zone
- C 112 (2002) José Manuel Martínez Sierra
The Spanish Presidency. Buying more than it can choose?
- C 113 (2002) Winfried Loth
Europäische Identität in historischer Perspektive
- C 114 (2002) Hansjörg Eiff
Serbien – zwei Jahre nach Milosevics Sturz
- C 115 (2002) Peter Doyle
Ireland and the Nice Treaty
- C 116 (2002) Stefan Fröhlich
Das Projekt der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP): Entwicklungen und Perspektiven
- C 117 (2003) Ludger Kühnhardt
Welche Grenzen setzt die Globalisierung der europäischen Integration?
- C 118 (2003) Franz-Josef Meiers (Hrsg.)
Die Auswirkungen des 11. September 2001 auf die transatlantischen Beziehungen

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** wurde 1995 als selbständig arbeitende, interdisziplinäre Forschungseinrichtung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn gegründet. In Forschung, Lehre und Politikberatung sowie im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis beteiligt sich das ZEI an der Lösung bisher unbewältigter Probleme der europäischen Einigung und der Gestaltung der Rolle Europas in der Welt. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage im Internet: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfaßten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Jeder Beitrag unterliegt einem internen Auswahlverfahren und einer externen Begutachtung. Gleichwohl gibt er die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten zusammen. Die aktuelle Liste finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.ZEI.de>.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** was established in 1995 as an independent, interdisciplinary research institute at the University of Bonn. With research, teaching and political consultancy ZEI takes part in an intensive dialogue between scholarship and society

in contributing to the resolution of problems of European integration and the development of Europe's global role. For further information, see: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. Each paper has been exposed to an internal discussion within the Center for European Integration Studies (ZEI) and an external peer review. The papers mostly reflect work in progress. For a current list, see the center's homepage: <http://www.ZEI.de>.

ISSN 1435-3288

ISBN 3-936183-18-X

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1880
Fax: +49-228-73-1788
<http://www.zei.de>